

2. ANTI-FA Festival-Ruhr

mit:

DRITTE WAHL

DES

UNTERGANGS KOMMANDO

FLAT FRED AND THE BRAINS

Sons of Gastarbeiters

Wann : 20 März 99

Wo : Zeche Carl Essen

Beginn : 19 Uhr

Einlass : 18 Uhr

Eintritt : VVK. 15 DM AK. 18 DM

(Vorverkauf über die Zeche Carl)

Der Reinerlös des Festivals geht an die "Rote Hilfe" zur Unterstützung der Passauer Antifas.

Organisiert von : Antifaschistischer Bund (AFB) und SJD - Die Falken

76

März/April '99

14. Jahrgang

DM 3,00

ISSN 1436-7823

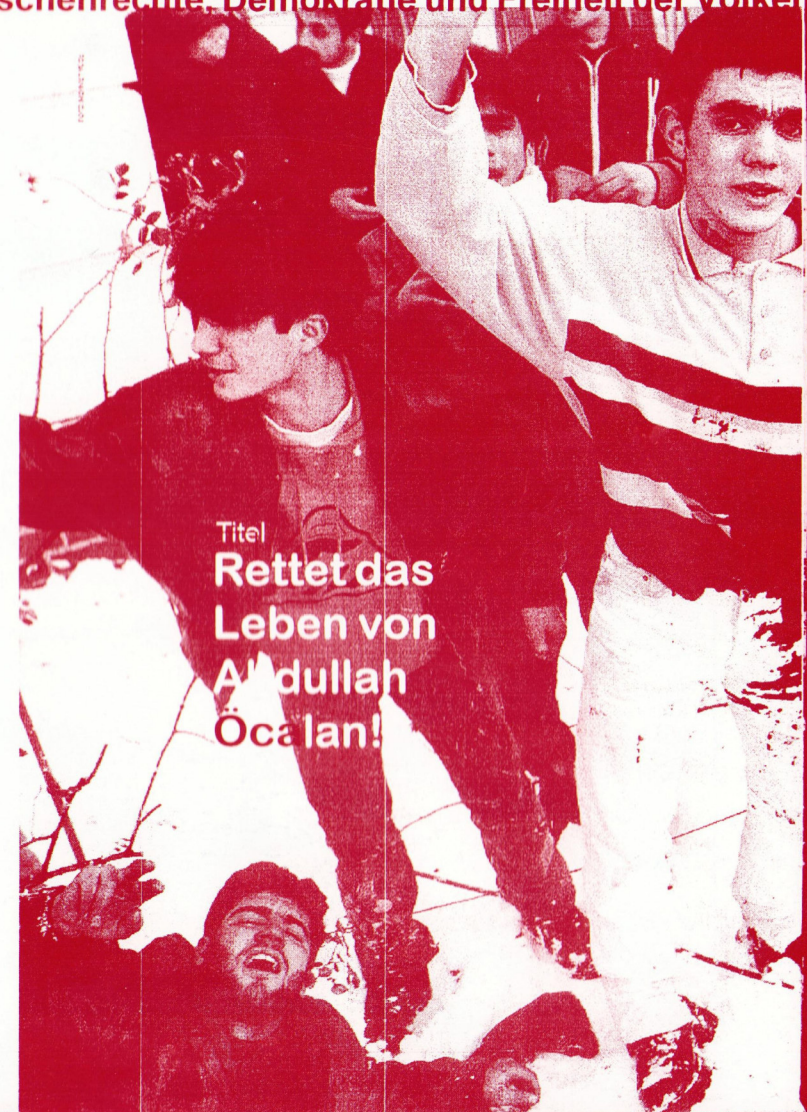
Antifaz

Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus

für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit der Völker

Weitere Themen:

- faschismusfördernde CDU-Kampagne
- Mord in Guben: ein Ergebnis davon?
- „Antifaschismus und Frauen“
- NPD-Aufmarsch in Kiel genießt mal wieder Polizeischutz
- Solidarität mit Passauer AntifaschistInnen!
- Politische Änderung im Iran? Nicht in Sicht!
- Material: Herne unterm Hakenkreuz



Titel
Rettet das
Leben von
Abdullah
Öcalan!

Inhaltsverzeichnis

Editorial	03
Kommentar	
- Separatismus?	11
- Guben: eine Stadt wie jede andere in Deutschland	17
- 8. März: Internationaler Frauentag - nicht nur für einen Tag!	18
Stellungnahme	
- Ein Kidnapping und die „hohe Politik“	04
- Zu einigen Fragen der Antifa-Bewegung (Teil VI): „Antifaschismus und Frauen“	22
- Zu den Prozessen gegen „mutmaßliche“ Sympathisanten der DHKP/C und der THKC in Hamburg	35
Analyse	
- Germanisierungskampagne schafft breite Akzeptanz von Rassismus und Nationalismus	12
- Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit Thüringen	25
- Zerstörte Hoffnungen - Bislang keine politischen Änderungen im Iran in Sicht	32
Bericht	
- Demonstration gegen NPD-Aufmarsch in Kiel	19
- Antifa-Benefizkonzert in Wanne-Eickel	21
- Gescheiterte Anwerbung des Verfassungsschutzes	27
- Solidarität mit den Passauer AntifaschistInnen	30
Rezension	
- Ingrid Strobl: Die Angst kam erst danach - Jüdische Frauen im Widerstand 1933-1945	20
- Hanne Hieber: Drutmünde - Tremonia - Dortmund. Geschichten von Dortmunder Weibsbildern	28
Kurznachrichten (News aus dem Revier)	
- Wattenscheid 28.2.1999: „Höntroper Braun-Gänse feiern mit“	34
- Antisemitische Ausfälle bei Elsässer-Lesung in Dortmund	34

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnementsbedingungen:

Einzel-Abonnement/Jahr: 27 DM
 Förder-Abonnement/Jahr 30 DM
 Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM
5,5cm	<6cm	<60,-
5,5cm	8-10cm	60,-
10,5cm	6-8cm	75,-
5,5cm	24cm	120,-
7,7cm	24cm	150,-
16cm	12cm	150,-

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle zwei Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
 V.i.S.d.P.:

W. Englisch
 Oerweg 28
 45657 Recklinghausen
 Tel.: 02361/26345

ISSN: 1436-7823

Redaktionsanschrift:
 Bert Brecht-Zentrum
 Hernerstr. 43
 45657 Recklinghausen
 Tel./Fax.: 02361/21686

Redaktionssitzung:
 Montags, ab 20 Uhr
 Abonnenten- und Anzeigenkonto:
 BLZ: 430 500 01
 Kto.-Nr.: 334 01 027
 Stichwort: AntifaZ
 Sparkasse Bochum

Redaktionsschluß für Nr.77: 26.04.

EDITORIAL

„Himmelhoch schlagen die Wogen der Ereignisse - wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden“ formulierte **Karl Liebknecht** in der „Roten Fahne“ vom 15. Januar 1919, in der folgenden Nacht wurden er und **Rosa Luxemburg** von reaktionären Soldaten mit Gewehrkolben erschlagen. Die Presse jubelte: „**Liebknecht auf der Flucht erschossen ! Rosa Luxemburg von der Menge getötet !**“

Was wird sich die türkische Presse für **Abdullah Öcalan** ausdenken? „Aus Angst selber aufgehängt“? „Vertrauensanwalt schob ihm die Giftampulle unter“? „An Herzversagen verstorben“? „Vertrag die Aufregungen des Prozesses nicht“?

Sie werden ihn umbringen - ob heute, in einigen Tagen oder Wochen oder erst in ein paar Jahren - zu groß ist der Hass der chauvinistischen Clique in türkischem Generalstab und Regierung, nicht auf einen einzelnen Mann, sondern auf die KurdInnen insgesamt, die es gewagt haben, sich zu erheben, sie, die verachteten „Bergtürken“, die „Untermenschen“, die es geschafft haben, dass die „moderne Türkei“ vor den Augen der Weltöffentlichkeit als das dasteht, was sie in Wirklichkeit ist: als selbstherrliche, grenzenlos raffgierige, maßlos korrupte, von keinerlei demokratischem Zweifel angekränkelte Bande von Diktatoren und Völkermördern.

Am liebsten würde jeder von ihnen - von ähnlich barbarischen Motiven zerfressen wie der brutalste serbische Cetnik - losrennen und Apo höchst selbst das Messer durch die Kehle ziehen.

Und weil das jede Kurdin und jeder Kurde weiß, und weil sie inzwischen nicht mehr den Hauch eines Zweifels über das Wesen der „westlichen Demokratien“ haben, deshalb - und nur deshalb - wird Apos Tod genau das Gegenteil von dem erreichen, was die türkische Herrschaftsbande sich erhofft.

Die Solidarität deutscher Linker hält sich in Grenzen - man übt sich in „besänftigenden“ Worten und ist an Väterchen Franz' Worte erinnert: „Maßhalten ihr Mörder - Maßhalten ihr Opfer“. Inzwischen halten sie wieder „Maß“ - aber glaubt nicht, dass sie Euch das verzeihen werden, ihr europäischen Regierungs“demokraten“ - sie wissen, wer die Drahtzieher bei der Entführung Apos waren !

Entschuldigt, wenn ich in diesem Editorial auch ein wenig über meine Gefühle in diesen Tagen und Wochen angedeutet habe, es musste sein. Geplant war in dieser Ausgabe eigentlich als Schwerpunkt das Thema „**Antifaschismus und Frauen**“ - es kommt auch vor, aber in geringerem Umfang, denn die Themen **Kurdistan, Doppelpass**, faschistische **Ausländerjagd in Guben** hatten erklärlicher Vorrang. Dass die Faschisten sich durch die CDU-Kampagne im Aufwind fühlen - wen wundert's. Im Leitartikel wird noch einmal etwas ausführlicher auf diese „**Germanisierung-Kampagne**“ eingegangen.

Die Nazis feiern sich im Gefühl ihrer „Legalität“ - das zeigt auch der **Bericht aus Kiel über den NPD-Aufmarsch** gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“. Inzwischen haben sie auch in Saarbrücken und Magdeburg Hand in Hand mit dem demokratischen Staat wieder für mehr als 200 verhaftete AntifaschistInnen gesorgt. Doch - vor allem unter Jugendlichen - es wächst auch die Bereitschaft, dem Nazispuk endlich das Handwerk zu legen. Weitaus mehr als erwartet, nämlich über 200 junge Leute, kamen zum **Antifa-Benefizkonzert** des AFB im **Herner Heisterkamp**.

Wir hoffen, dass am 20. März in der **Essener Zeche Carl** das **2. Antifa-Festival Ruhr** ein noch größerer Erfolg wird, denn Solidarität tut not. Der Reinerlös des Festivals geht an die **Rote Hilfe** zur juristischen Unterstützung der **Passauer AntifaschistInnen**. Weitere Solidarität ist angesagt mit den in **Hamburg** vor Gericht stehenden türkischen Revolutionären von der **DHKP/C**.

Und zum Schluß ein Satz in eigener Sache: Ein so furchtbares Titelbild wie das der vergangenen Ausgabe wirds nie wieder geben - versprochen.

Für die Redaktion

WT

Ein Kidnapping und die „hohe Politik“

Ein Widerspruch fällt sofort ins Auge, wenn man sich die Geschehnisse, die einen Monat vor dem Newrozfest zur Verschleppung des Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans aus Nairobi in die Türkei und zu den massenhaften spontanen Äußerungen von Zorn bei Tausenden seiner kurdischen Landsleute nebst entsprechender Hetze in den Medien geführt haben, genauer betrachtet. Da muß sich der Vorsitzende der PKK, der sich nach Europa begeben hatte, um sich dort nach anderthalb Jahrzehnten eines gnadenlosen Krieges für eine politische Lösung der Kurdenfrage einzusetzen, und wie selbstverständlich erwartet hatte, daß ihm zumindest ein sicheres Asyl gewährt werden könne, bei Nacht und Nebel vor seinen Häschern verstecken, die ihn quer durch Europa jagen und schließlich in Afrika „zur Strecke bringen“. Als er endlich „willkommen in der Heimat“ ist, wie die, die ihn nach seinem Kidnapping in ihr bereitstehendes Flugzeug übernommen haben, ihn nach seinem Aufwachen aus der Betäubung zynisch begrüßen, und noch in derselben Nacht im türkischen Fernsehen Bilder der Erniedrigung erscheinen, die offensichtlich nicht nur diesen Mann, sondern das gesamte kurdische Volk demütigen sollen, bricht ein Sturm der Entrüstung unter seinen Landsleuten aus - sowohl in den Ländern Europas, in denen viele kurdische Flüchtlinge leben, als auch in den Elendsvierteln der Großstädte der Türkei wie etwa in dem Istanbuler Stadtteil Gazi. Und in den Medien wird die Angst vor einer PKK geschürt, die geradezu generalstabsmäßig ganz auf die Schnelle diesen Protest organisiert haben soll, weil ja bei ihr eine straffe Befehlsstruktur von oben nach unten herrsche, die diesen „Terror“ ermöglichen, bei dem übrigens nicht ein Unbeteiligter körperlich zu Schaden kommt, wohl aber zahlreiche kurdische Menschen teils durch Selbstverbrennung in einer Art von vorgezogenem Newrozfeuer teils im Feuer israelischer automatischer Feuerwaffen ums Leben kommen. Noch in derselben Nacht startet die türkische Armee demonstrativ mit schwerem Gerät einen weiteren Feldzug auf südkurdisches Gebiet und bricht damit den noch vor der Reise von Abdullah Öcalan nach Europa einseitig verkündeten und bis dahin nach wie vor von der Guerilla eingehaltenen Waffenstillstand - ein Faktum, das in den Medien kaum Erwähnung findet. Frage: Wieso hat eine angeblich so straff organisierte und illegal operierende Organisation ihren Vorsitzenden vor diesem Debakel nicht schützen können? Ist gar der weit über die PKK und die ihr zugeordneten Massenorganisationen hinaus als Symbolfigur des kurdischen Widerstandes angesehene „Serok Apo“ selbst zum Verräter geworden und hat, wie etwa türkische Tageszeitungen wie HÜRRIYET behaupten, auf der Gefängnisinsel im Marmarameer „gesungen wie ein Vogel“? Wird in der Tat in den Bergen Kurdistans unter verschreckten ARGK-Guerilleros das Angebot des türkischen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit, aus ihrem „Separatisten“-Dasein neu voll in den Schoß des Vaterlandes (in der Türkei sagt man „Mutterland“) zurückzukehren, breit erörtert, wie ebenfalls türkische Medien zu wissen behaupten? Was sind die Hintergründe dieses auf wenige Stunden zusammengedrängten dramatischen Geschehnisses, der eine Woche später, wo er aus den hiesigen Medien bereits weitgehend verschwunden ist, beinahe wie ein Spuk anmutet, gäbe es da nicht die Toten, die als Märtyrer gefeiert oder als sinnlose Opfer betrauert werden?

Wer sind die Täter?

Wer sind die Gestalten, die - wie Subcomandante Marcos vermute - den gefangenen Führer des kurdischen Freiheitskampfes auf einem teuer verkauften Video vorführen? Solange sie sich nicht zu erkennen geben, kann man darüber Spekulationen anstellen, warum sie ihn nicht gleich nach der Landung in der Türkei, sondern erst Stunden später den dortigen Behörden ausgeliefert haben. Haben sie die Auslieferung an Bedingungen geknüpft? Wenn ja, welcher Art waren diese? Auch hier kocht die Gerüchteküche. Waren es tatsächlich Angehörige des türkischen Geheimdienstes, die ihre Beute auf dem Yomo-Kenyatta-Flughafen in Nairobi von kenianischen Sicherheitskräften in Empfang genommen hatten? Waren es Angehörige des US-Geheimdienstes CIA, der - ebenso wie der israelische Mossad - in Nairobi stark präsent ist (besonders

nachdem vor einigen Monaten in der dortigen UN-Hotels auf eine Bombe mit verheerender Wirkung hochgegangen war) und seine dortige Basis nur wenige hundert Meter von der griechischen Botschaft entfernt hat? Möglicherweise haben die beiden in Rede stehenden Geheimdienste bei der Aufspürung und der Auffindung des Aufenthaltsortes von Abdullah Öcalan zusammengewirkt. Insider behaupten, der Mossad sei bei diesem „Sport“ eher „am Ball“ als die CIA und Öcalan sei ihm „ins Netz gegangen“, weil er so dümmlich gewesen sei, sein eigenes Hardy für Gespräche nach Europa zu benutzen. Ob das zutrifft oder nicht, könne wir nicht schlüssig überprüfen. Der kenianische Sicherheitsdienst allerdings hat - wie der SPIEGEL zu berichten weiß - dem griechischen Botschafter gedroht, seinen Amtssitz binnen einer Stunde zu stürmen, sollte sich bis dahin sein Gast noch immer dort aufhalten.

Zur Rolle Griechenlands

In einigen Medien heißt es denn auch, Öcalan sei schlecht beraten gewesen, daß er sich ausgerechnet nach Nairobi begeben habe. Hatte er denn eine andere Wahl? War es nicht vielleicht eine längst abgekartete Sache, daß ihn die griechische Regierung gerade dort unterbrachte? Warum war er nicht auf Korfu geblieben, wo er - am 29.01.99 aus Minsk (Weißrußland) eingeflogen - im Hause der im Zweiten Weltkrieg in den Reihen der rechtsgerichteten Partisanenorganisation Enosis gegen Hitler und gegen kommunistische Freiheitskämpfer aktiv gewesen späteren Kultusministerin unter der Metaxas-Diktatur und heutigen PASOK-Anhängerin Voula Damianakou untergebracht worden war? Offenbar auf direkte Weisung des griechischen Regierungschefs Kostas Simitis wurde er bereits drei Tage später nach

Nairobi verbracht. Vorangegangen sein soll - wie griechische Zeitungen vermelden - ein Deal zwischen der türkischen und griechischen Regierung über die Erlaubnis zur Stationierung griechischer Raketen auf Zypern. Ecevit soll denn auch - wie türkische Medien vermeldeten - in einer ersten öffentlichen Erklärung nach der Auslieferung des in der Türkei zum Staatsfond Nr. 1 erklärten Kurdenführers neben den USA und Israel auch Griechenland für seine Mitwirkung bei dessen Ergreifung gedankt haben. Der zum persönlichen Schutz Öcalans in Nairobi stehende Sicherheitsbeamte Kostas Simitis muß sich plötzlich gegen den (laut YENI EVRENSEL zu Unrecht erhobenen) Vorwurf seiner Vorgesetzten verteidigen, für den Mossad gearbeitet zu haben. Nach massenhaften Bekundungen von Zorn auf den Straßen Griechenlands sah sich die Regierung Simitis immerhin veranlaßt, den griechischen Geheimdienstchef Charalambos Stavrakakis und drei Minister (den für Äußeres, den für Inneres und den für Öffentliche Ordnung) zu entlassen. Einer von ihnen, Außenminister Theodoros Pangalos, hatte in einem Telefonat mit Öcalan in Nairobi diesem zugesagt, dort warte eine KLM-Maschine, um ihn in die Niederlande auszufliegen, wo er vor den Haager Gerichtshof gestellt werde und damit zugleich seine Sache mit der Sache des kurdischen Volkes verbinden und diese vertreten könne. Und dies, obgleich er - im Unterschied zu seinem Gesprächspartner in Nairobi - darüber unterrichtet war, daß die Niederlande entschlossen waren, Öcalan die Landung dort zu verweigern.

Politischer Schacher

Noch als er in Italien war, hatte Öcalan, dem dort zunächst Asyl zugesichert worden war, was aber zu einem Boykottaufruf der Republik Türkei gegen Italien und

zu wütenden Anschlägen türkischer Faschisten auf italienische Läden und andere Einrichtungen hatte, die ihn in Italien gefangen zu halten, die italienische Regierung aber nicht wollte, den türkischen Botschafter in Rom, Bülent Çintin (der von Italien die Auslieferung Öcalans an die Türkei verlangt hatte, was Öcalan nicht akzeptieren wollte), an Papst Karol Wojtyła (dem er Informationen über den seinerzeit von dem Grauen Wolf Ali Agca auf ihn verübten Mordanschlag anbot, der sich aber eher für die Freilassung des ehemaligen chilenischen Diktators Augusto Pinochet aus britischem Gefängnis als für Abdullah Öcalan stark machte), Öcalan war bereit, sich einem internationalen Gericht zu stellen, wo immer das in Europa (außerhalb der Türkei) stattfände. Er tauchte aus Italien, wo er nach der Weigerung Deutschlands, ihn hierher überstellen zu lassen, auf

Mahnwache für Abdullah Öcalan

Nach Bekanntwerden der Entführung von Abdullah Öcalan beschlossen linke Organisationen aus dem Landkreis Recklinghausen, nicht tatenlos zu bleiben. Das Leben von Abdullah Öcalan in der Gewalt der türkischen Militärs, die vor Folter, Terror und Völkermord nicht zurückschrecken, ist unmittelbar bedroht. Ungeachtet des politischen Verhältnisses zur PKK wurde es als Pflicht angesehen. Solidarität mit einem Kämpfer gegen die Politik eines Staates zu üben, die in vielen Zügen faschistische Tendenzen aufweist. Spontan wurde eine Mahnwache beschlossen und am 19. Februar auf dem Recklinghäuser Altstadtmarkt durchgeführt. Obwohl die Vorbereitungszeit sehr knapp war, nahmen etwa 40 Personen an dieser spontanen Aktion teil. In den verteilten Flugblättern hieß es:

Rettet das Leben von Abdullah Öcalan! Freiheit für das kurdische Volk!

freien Fuß gesetzt worden war, ab. Seine Anwälte (darunter der deutsche Rechtsanwalt Eberhard Schulz) verhandelten mit den Niederlanden, mit Südafrika und Finnland.

Die Niederlande weigerten sich, ihn ihr Hoheitsgebiet betreten zu lassen, Finnland verlangte europäische Garantien gegen türkische Repressalien. Dazu waren zwei Länder der Europäischen Union nicht bereit; eines davon ist (wie der Fernsehjournalist Jürgen Hoppe in einer Informationsveranstaltung im Auslandsinstitut NRW in Dortmund erklärte) Deutschland.

Komplotz der „Europäer“?

Als Öcalan in Nairobi gekidnappt worden war, fand man bei ihm einen Brief von ihm an den italienischen Ministerpräsidenten Massimo D'Alema, der hämisch kommentiert in den türkischen Medien wiedergegeben wurde. Darin hatte Öcalan eingeräumt, es sei ein Fehler gewesen, Italien zu verlassen. Das übrige Europa einschließlich Rußlands habe ein Komplotz gegen ihn geschmiedet. Nun, Rußland, das trotz Parlamentsbeschluß seine erneute Einreise verweigert hatte, hat von der

Türkei einige Sonderkonditionen erhalten: Es darf eine Pipeline zum Mittelmeer bauen und die Durchfahrt durch die Dardanellen benutzen, um sein im Kaspischen Meer entdecktes Erdöl auf den Weltmarkt zu bringen. Was ist dagegen schon der Kopf eines Kurdenführers? Hat dieser nicht auch ein paar Köpfe rollen lassen? Auch wenn er es nicht persönlich war, ja, nicht einmal selbst als Guerillero gekämpft hat: Er ist für das, was die von ihm mitgegründete und geführte Organisation getan hat, verantwortlich, also auch für ihre Verbrechen. Das hat ihm noch in Rom - sehr zum Unmut einiger seiner Anhänger - ein führender Vertreter der kurdischen Organisation Kawa geantwortet, als Öcalan fragte, wieso so viele seiner Landsleute in Europa politisches Asyl erhalten könnten, er als ihr Führer aber nicht, wo er doch selbst kein Verbrechen auf sich geladen habe, also unschuldig sei. Das hätten bisher alle Führer kurdischer Aufstände in der Türkei gesagt und seien trotzdem hingegerichtet worden, ohne daß sich das Ausland sonderlich um sie bemüht habe. (Immerhin fanden Angehörige der Organisation Xoybon nach

Niederschlagung ihres Aufstandes, dem der Völkerbund die Unterstützung versagt hatte, in den 30er Jahren noch Aufnahme in den damals von Franklin Roosevelt regierten USA..)

Ist es nur politische Naivität, das alles nicht fassen zu können? Ist Öcalan (der eine türkische Mutter und einen armenischen Vater hat) nichts weiter als ein „dummer Bergtürke“, der in die Fallstricke der Machtpolitik mit ihren jeweiligen Kalküls geraten ist, bei denen es um ganz andere Dinge geht? Zum Beispiel um den Ausbau der von der Weltmacht Amerikas verkörperten „Neuen Weltordnung“. Zum Beispiel um die Hegemonie im östlichen Nahen Osten. Da hat die Europäische Union im gleichen Maße verloren, wie sich die USA politisch und militärisch durchgesetzt haben. Zum Beispiel um den Bau eines der größten Staudammprojekte der Welt, bei dem ein Territorium von der Größe der Beneluxstaaten unter Wasser gesetzt werden soll, ein Projekt, mit dessen Realisierung die Türkei einerseits den Anrainerstaaten Syrien und Irak den Wasserzulauf nach Belieben wüch abdrehen können, andererseits



zum Exportland für Elektrizität aufsteigen will und an dessen Errichtung auch große deutsche Firmen mitwirken sollen.

All den Ländern, die so vollmundig gegen die, die sie sich botmäßig machen wollen, für die Wahrung von Menschenrechten eintreten, sind in Wahrheit nur daran interessiert, eigene Macht- und Einflußinteressen

durchzusetzen und sich die Geschäfte nicht verderben zu lassen - was sie der Bevölkerung wiederum als Standort- und Arbeitsplatzsicherung verkaufen. So auch Deutschland mit seiner Rüstungsproduktion und den Rüstungsexporten an die Türkei, die auch unter der SPD-Grünen-Koalition weiterlaufen. In der Türkei hat man es den neuen Partnern kosmetisch erleichtert, indem der Sozialdemokrat und klassische Kemalist Ecevit Regierungschef geworden ist. Hoffnungen auf eine grundlegende Änderung in der Türkei- und Kurdistanpolitik haben sich von daher als trügerisch erwiesen. Jeder weiß doch - und der Abtritt von Necmettin Erbakan als Regierungschef, der auch für viele arme Kurden ein Hoffnungsträger war, hat dies nochmals deutlich ins Bewußtsein gehoben -, daß die politische Macht in der Türkei die Militärs innehaben, die in puncto Laizismus ebensowenig mit sich spaßen lassen wie in dem, was sie als „Einheit des Vaterlandes“ verstehen. Menschenrechte spielen in einem solchen nationalistischen Kalkül eine höchst nebensächliche, eher störende, Rolle. Und jeder weiß auch, daß das



„Antiterror“-Programm in der Türkei eine Probe aufs Exempel für die NATO ist, wie man generell mit einer Bevölkerung umzugehen gedenkt, die aus ihrem Diktat ausbrechen will, mit dem immerhin Projekte wie das Multilaterale Abkommen über Investition auf den Weg gebracht und abgesichert werden sollen.

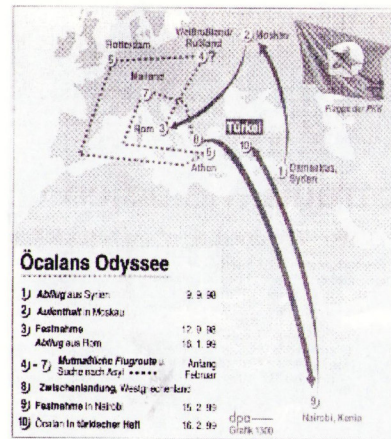
Kann man von einem Komplotz gegen die Kurden reden, wie es von seiten der PKK verbreitet wird? Die Wortwahl mag nicht ganz zutreffen: Es ist eher ein Durchsetzen jeweils eigener politischer und wirtschaftlicher Interessen der beteiligten Staaten, bei denen die Kurdenfrage eine untergeordnete Rolle spielt. Daß sie auf europäischem Parkett überhaupt eine Rolle spielt und man sich ihnen gegenüber offiziell „weicher“ gibt, als man ist, hat einen Grund darin, daß in den europäischen Ländern zahlreiche Menschen auch aus Kurdistan leben, die man ruhig halten will. Die USA, auf deren Gebiet allenfalls eine verschwindende Minderheit kurdisch ist, können sich da „härter“ gebärden und damit gegenüber den Europäern Konkurrenzvorteile für sich selbst herausholen. Sie sind z.B. daran interessiert, den türki-

schen Flughafen Incirlik zu einer Bastion gegen den Irak auszubauen, und sind dabei auf die Zustimmung der Türkei bedacht (die im Verhältnis zum Irak auch eigene Interessen verfolgt, die nicht mit denen der USA in Einklang stehen).

Eine Fehlkalkulation

Die PKK, die offenbar gehofft hatte, die imperialistischen Großmächte gegeneinander auszuspielen zu können, indem sie besonders Deutschland auf ihre Seite zog (immerhin hatten die Unterhändler Heinrich Lummer und Verfassungsschutzchef Werthenbach gewisse Hoffnungen erweckt), hat kein lukratives Verhandlungsangebot im Koffer. Die kurdische Bevölkerung wohnt zwar in Gebieten, in denen insbesondere der Rohstoff Erdöl im Übermaß vorhanden ist, hat aber auf dessen Gewinnung und Vermarktung keinen Einfluß. Sie sind durchweg sehr arm. Sie gilt den Staaten, auf deren Territorien diese Vorkommen liegen, soweit sie eigene Ansprüche geltend macht, eher als Störfaktor. Das kurdische Volk zählt heute weit über 25 Millionen Menschen, hat aber keinen eigenen Staat und wird daher von keinem anderen Staat als eigenständige Nation respektiert.

Auch wo sich USA und Eu
Seite 7



lismus und dessen Grundlage, den Kapitalismus, einfinden.

Die Orientierung auf eine erhoffte Unterstützung durch imperialistische Staaten wie Deutschland hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Solidarität mit dem kurdischen Freiheitskampf unter fortschrittlichen Menschen kaum größer geworden ist.

Besetzungsaktionen

Die Ergreifung und Auslieferung von Öcalan in die Türkei hat nicht nur in der Türkei selbst, sondern auch in den europäischen Staaten zu zahlreichen Protestbekundungen von Kurden geführt, die sich völlig zu Recht verraten und verkauft gefühlt haben. Hierbei hat es sehr unterschiedliche Aktionen gegeben, bei denen die Adressaten keineswegs immer richtig waren. Wenn man z.B. türkische Läden oder Reisebüros verwüstet, trifft man damit nicht die Verantwortlichen, sondern erleichtert es diesen, den Protest insgesamt ins Unrecht zu setzen.

Anders stellt sich die Frage bei der Besetzung bestimmter

Botschafts- und Konsulatsgebäude. Da ist der Adressat zwar im Prinzip richtig, aber darum werden diese Bereiche auch besonders abgesichert. Und wenn man dort demonstrative Aktionen durchführt, muß man diese sorgfältig vorbereiten und zugleich für eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit sorgen, damit man auch „verstanden“ wird.

Während die US-Botschaften und die türkischen Botschaften und Konsulate sowie Banken durch Polizeipräsenz oder unauffällige Dokumentationstrupps (wie die Pamirbank in Dortmund) gegen Besetzungen bestens geschützt waren, konnte sich der Zorn insbesondere bei griechischen Vertretungen auswirken.

Auf deutschem Boden kamen Besetzungen von Parteibüros der Grünen und der SPD hinzu. Parteien, von denen man Unterstützung einfordern wollte, die sie vor der Bundestagswahl mehr oder weniger deutlich versprochen hatten.

Je nachdem, wie sich diese Adressaten vor Ort verhielten, liefen diese Bekundungen mehr oder weniger friedlich ab. Auch wo es kurzfristig zu Geiselnahmen kam, blieb es in der Regel bei demonstrativer Bekundung von Zorn, ohne daß Personen zu Schaden

ropäische Union scheinbar für das Recht einer unterdrückten Nation einsetzen - wie in Kosova -, geht es ihnen nicht um deren Selbstbestimmung, sondern darum, ihren eigenen Einfluß zu erweitern. Eines der Mittel dazu ist die militärische Präsenz, zu der sie sich auf dem Balkan - trotz gegenläufiger Interessen Rußlands - stark genug fühlen.

Was immer die imperialistischen Mächte untereinander aushandeln, dient lediglich einer Neuverteilung entsprechend ihrem Kräfteverhältnis. Nationalgefühle in den jeweiligen Konfliktgebieten werden nur benutzt, um der eigenen Sache „Rechtfertigung“ zu verleihen. Das gilt im Prinzip auch für die nationalen Interessen der Kurden, nur tritt man diese mangels Durchsetzungsmöglichkeiten von eigenen Interessen gegen den Konkurrenten USA gemeinsam mit Füßen. **Die Behandlung des kurdischen Volkes ist mithin ein Paradebeispiel dafür, was die kapitalistischen Mächte darunter verstehen, wenn sie von Selbstbestimmung und Menschenrechten reden. Die Kurden können daher nur gewinnen, wenn sie sich in eine solidarische Front der Unterdrückten gegen den Imperia-**



kamen, sofern keine Eskalation stattfand. Verwüstungen gab es im Hamburger Parteibüro der SPD. Häufig gab es Gespräche zwischen einigen „Delegierten“ der kurdischen Umlagerer von Geschäftsstellen und Vertretern derselben (wie bei der Umlagerung der IG-Metall-Geschäftsstelle an der Humboldtstraße in Bochum, wo die IG-Metall-Vertreter zusagten, eine kurdenfreundliche Resolution an ihre Zentrale in Frankfurt am Main weiterzuleiten und sich mit der Begründung, Arbeitsvertreter ließen sich nicht erpressen, gegen solches unterstellende Äußerungen von Journalisten wandten).

Gescheiterte Besetzung des israelischen Generalkonsulats in Berlin

Aus dem Rahmen fiel dagegen eine Aktion in Berlin: Dort hatten sich etwa 60 Kurdinnen und Kurden auf den Weg gemacht, das israelische Generalkonsulat zu besetzen. Das war einen Tag nach den Spontanaktionen. Die Gruppe war teilweise mit Stöcken und einem Beil ausgerüstet, um eventuell eine verschlossene Tür einzuschlagen. Bei einem Handgemenge mit einer Gruppe von 30 Polizisten, die sich den Kurden in den Weg stellten, gab es auf beiden Seiten Verletzte (aber keine Schwerverletzten). Bei Betreten des Botschaftsgeländes wurde aus



automatischen Waffen auf die Eindringlinge geschossen. Dabei wurden die 18jährige Sema Alp (die seit 6 Jahren bei ihren Eltern in Berlin-Neukölln lebte), der 24jährige Ahmet Acar (der vor dem türkischen Militärdienst nach Berlin geflüchtet war) und der 28jährige Familienvater Mustafa Kurt (aus Saarbrücken) tödlich getroffen sowie mehr als zehn Menschen zum Teil schwerverletzt (einer starb eine Woche danach). Angeblich hatten die israelischen Wacheleute nur auf die Beine gezielt, aber laut Obduktionsbefund waren zwei der Getöteten an Kopfschüssen gestorben.

An hinreichenden Schutz der israelischen Botschaft hatte die Polizei offensichtlich vorher nicht gedacht. Der Berliner Polizeipräsident

Hagen Suberschinsky hat mit seiner Bemerkung: „Ich kann nur sagen, daß die Kurden letztlich nicht gut beraten waren, sich dieses Objekt auszusuchen“, was im Klartext heißt: „Wer israelische diplomatische Vertretungen besetzen will, muß wissen, was ihn dort erwartet“, vor dem Hintergrund scharfer Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und Israelis sicher nicht Unrecht, auch wenn etwa in Deutschland die Aktion des Schwarzen September bei den Olympischen Spielen 1972 in München schon eine Generation alt ist; das spricht ihn aber von eigenen Versäumnissen nicht frei. Allein die Tatsache, daß Gerichte über eine israelische Beteiligung an der Entführung von Öcalan (nicht nur) unter Kurden im Umlauf waren, hätte Warnung genug sein müssen, unabhängig von deren Wahrheitsgehalt.

Mithin kann man nicht umhin, denen, die die Besetzung organisiert haben (nicht unbedingt an der Besetzung Beteiligten selbst), die Waghalsigkeit ihres Unterfangens anzulasten, selbst wenn sie nur die Absicht gehabt haben sollten, einen spektakulären Akt durchzuführen, der Öffentlichkeit herstellen, aber niemandem persönlichen Schaden zufügen sollte (was man glauben kann, aber nicht muß).



Solidaritätsaktion in Recklinghausen

Während die Regierung Schröder sehr schnell bekundete, die Israelis hätten in Notwehr gehandelt, wurde in israelischen Zeitungen scharfe Kritik an dem brutalen Vorgehen der Wachleute geübt. Sie seien gegen mehr oder weniger Unbewaffnete mit völlig unangemessenen Mitteln vorgegangen. Dies erklärte auch eine israelische Konsulin. Die Wachleute wurden kurz darauf nach Israel ausgeflogen.

Bestrafung durch die deutschen Behörden war bei den Israelis von vornherein nicht beabsichtigt, denn Botschaftsgebäude sind exterritoriale Gebiete, in denen das jeweilige Recht des Gastgeberlandes nicht gilt. Das gilt im Prinzip auch für die Besetzer, die allenfalls für die Auseinandersetzung mit der Polizei belangt werden können, aber hier wird in der Öffentlichkeit ein anderes Bild vermittelt. Dabei geht man sogar so weit, den kurdischen Besetzern antisemitische Motive zu unterstellen, während sie in Wirklichkeit auf eine Beteiligung des israelischen Staates an der Auslieferung Öcalans reagiert haben (ob diese Beteiligung real ist oder nur gerüchtweise besteht, wie Israel glaubhaft zu machen versucht, sei einmal dahingestellt).

Wem haben die

Protestaktionen genutzt?

Benutzt wird der kurdische Protest, der hierzulande zum Terror erklärt wird, jedenfalls dazu, Abschiebungen kurdischer Menschen in die Türkei zu rechtfertigen. So wurden z.B. in Dortmund zwei Kurden, von denen bekannt ist, daß sie der PKK nahestehen, denen aber Straftaten nicht angehängt werden konnten (einer von ihnen hat bei öffentlichen Veranstaltungen mit Vertretern des kurdischen Exilparlaments als Dolmetscher mitgewirkt), bereits in den Abschiebeknast nach Büren verbracht, aus dem sie nur durch energischen Protest seitens der

Organisatoren des Wanderkirchenasyls und durch den Dortmunder Appell herausgeholt werden konnten, um nun vorläufig geduldet zu werden.

Benutzt wird der kurdische Protest auch, um schärfere Gesetze gegen ausländische (und damit letztlich auch inländische) Protestbekundungen zu fordern. Dabei wird vor allem an eine Angst allerer appelliert, die nicht begreifen, worum sich die Auseinandersetzung dreht, und die daher bereits bürgerkriegsähnliche Zustände auch hier heraufziehen sehen und sich selbst bedroht glauben. Menschen, nach deren Auffassung „Politik ein schmutziges Geschäft“ ist, mit dem sie nichts zu tun haben wollen. Auf diesem Süppchen kochen insbesondere die Verfechter von Ruhe als der ersten Bürgerpflicht.

Benutzt wird der kurdische Protest auch für die rassistische Hetze bei der CDU-Unterschriften-sammlung gegen doppelte Staatsbürgerschaft (siehe Artikel dazu).

Ausblick

Solchen Versuchen müssen wir Antifaschisten uns entschieden entgegenstellen, da sie faschistische Verhaltensmuster begünstigen. Im konkreten Fall muß unsere Solidarität dem kurdischen Volk gelten, das es nicht tatenlos hinnehmen kann, wenn einer seiner Führer, der durch politisches Verschulden der europäischen Staaten in die Türkei entführt werden konnte und dort jetzt stellvertretend für sein Volk abgeurteilt wird, während die europäischen Staaten ihre Hände in Unschuld waschen. Diese Solidarität gilt auch für die Person Öcalans, mag man ihm auch zu Recht Verbrechen vorwerfen können.

Der Krieg gegen das kurdische Volk ist - wie jeder Krieg - ein schmutziger Krieg (das braucht nicht besonders betont zu werden, wie es von

PKK-Seite in ihrem Versuch, mit der Wurst nach der Speckseite in Form von Unterstützung durch die europäischen Staaten zu werfen, immer wieder geschieht), ein Krieg, bei dem keine der beteiligten Kriegsparteien frei von Verbrechen ist. Auch Mord und Verrat gehören dazu - auf beiden Seiten. Der Krieg verzerrt die Züge auch dessen, der für eine gerechte Sache kämpft; er muß stets bemüht bleiben, sich im eigenen Handeln deutlich von dem zu unterscheiden, den er bekämpft. Wer z.B. gegen Folter antritt, darf selbst nicht foltern. Wer gegen Demütigungen ist, darf selbst nicht demütigen. (Erinnert sei hier an Bilder, die auch im kurdischen Fernsehen zu sehen waren: Wie der „Serok Apo“ langjährige Mitkämpfer öffentlich abkanzelt hat, so als habe er das Recht, wie der Papst „ex cathedra“ zu sprechen. Ohne mich in innerorganisatorische Angelegenheiten einmischen zu wollen: Auf demokratisch gesinnte Menschen macht das einen sehr schlechten Eindruck. Und wenn von jemandem Solidarität erwartet wird, muß ihm auch Mitsprache eingeräumt werden. Wie die Mitsprache der „solidarischen“ Staaten Europas aussieht, haben wir mit dem, was seitens der PKK nun als „Komplott“ angesehen wird, geradezu mustergültig vorgeführt bekommen.)

Die kurdischen Freiheitskämpfer müssen darauf achten, daß sie jetzt nicht durch kopflose Aktionen, die die Falschen treffen und vom Gegner zu ihrer Isolierung genutzt werden können, den politischen Kredit verspielen, den sie trotzdem noch bei vielen fortschrittlichen Menschen haben. Aktionen, die dazu genutzt werden können, sie als „Babymörder“ abzustempeln, wie das z.Z. von den türkischen Medien mit Öcalan gemacht wird, würden dem Vorschub

leisten. (Man hat in der Türkei offenbar vom Großen Bruder aus Amerika gut gelernt: Dort wurde als Auftakt zum Golfkrieg 1991 ein - nachweislich falscher - Augenzeugenbericht über einen angeblich von irakischen Soldaten begangenen Massenmord an in Brutkästen liegenden kuwaitischen Babys dazu benutzt, auf UNO-Ebene und in der amerikanischen Bevölkerung Stimmung gegen Saddam Hussein zu machen, um so die bis dahin fehlende Zustimmung zu

Anzettelung dieses Krieges zu erlangen.)

So sehr der zur Zeit unter Kurden immer wieder hörbare Ruf „Intikam!“ (= Rache) angesichts der ihnen aufgebürdeten Demütigungen psychologisch begreifbar ist, eine Perspektive bietet er nicht; er stellt eher einen Rückfall in Positionen dar, die sich längst als ausweglos erwiesen haben. Rache ist keine Gerechtigkeit, sie vertieft nur Gräben und gibt den Boden für weitere Gräber ab.

Auch wenn der seit 1984 laufende militärische Konflikt jetzt entschieden sein sollte (was wir nicht wissen), der politische Konflikt ist es nicht: **Ein Friede kann erst eintreten, wenn dem Recht des kurdischen Volkes auf Selbstbestimmung entsprochen wird. Bis dahin wird der Konflikt weiterschwellen und (man braucht kein Hellseher zu sein, um das vorherzusehen) von Zeit zu Zeit erneut zu Krieg führen.**

Klaus Dillmann

SEPARATISMUS?

- ein Kommentar -

davon, dass letzteres nicht stimmt, da die PKK in ihren Forderungen sich mit Autonomie zufriedengibt; das Gefährliche ist, dass jetzt auch unerwünschter Separatismus zum Delikt gemacht werden soll. Das widerspricht zwar, wie Norman Paech nachgewiesen hat, dem Völkerrecht und natürlich auch der NATO-Politik in Kosova, gefährlicher aber ist noch, dass hier eine deutsch-türkische Kriminalisierung von Freiheitskämpfen generell beabsichtigt ist. Denn was gegen Kurden rechtens sein soll, ist dann auch gegenüber Basken, Iren und Tamilen erlaubt. In kulturell volleren Staaten als Deutschland und der Türkischen Republik wird das Problem Separatismus übrigens weit mehr realer und realistischer gesehen: Großbritannien lässt die autonomistischen Parteien der Waliser, Schotten und Irren an Wahlen teilnehmen und erklärt relativ glaubwürdig, auch deren Sezession eines Tages tolerieren zu wollen. Dänemark hat Grönland so weitgehende Autonomie bewilligt, dass dieses im Gegensatz zum „Mutterland“ nicht in der EU ist. Selbst die USA führen in Puerto Rico einigemaßen faire Referenden über die Unabhängigkeit durch, ebenso Kanada in Quebec. Sogar die Rechtsregierungen in Spanien und Indonesien beginnen, mit den Befreiungsbewegungen der Basken bzw. von Osttimor zu verhandeln, und Israel musste nach jahrzehntelangem Kampf eine palästinensische Autonomiebehörde akzeptieren. Eigentlich ist es also die Zeit für friedliche Lösungen, nur Bonn und seine Satelliten in Ankara haben wieder einmal nichts kapiert. Zu Ermutigung für alle tapferen Separatisten aber folgende Geschichte. Vor 230 Jahren verlangten in den amerikanischen Kolonien der Engländer die unterdrückten Amerikaner nur Autonomie und Mitbestimmung im Empire: „No taxation without representation.“ Als man aber sie und ihre Anführer Washington, Jefferson und Franklin kriminalisierte, schlugen sie zurück. Ihre Truppen, die verachteten Hinterwälder und Heckenschützen aus den Bergen, die Hillbillies, schlugen zurück, erkämpften Verfassung und Nationalparlament und einen eigenen Staat, den es bekanntlich heute noch gibt (unterstützt damals übrigens auch durch deutsche Freiwillige wie den berühmten Steuben). „Von Amerika lernen heißt siegen lernen.“ Obriens stimmt es nicht, dass das Feuer, das derzeit in Europa umgeht, die deutsche Linke völlig unerwartet und unerleuchtet gelassen hätte. Stellungnahmen der MdB Gehrke (PDS) und Ströbele (Bündnis 90/Die Grünen) waren realistisch. Die Wissenschaftler Steinbach und Paech haben viel zur Versachlichung der Diskussion beigetragen. Auch manche Anwälte leisten eine Menge: Eberhard Schulz' glänzende und erfolgreiche Verteidigung des Kurdenführers Kani Yilmaz ist in guter Erinnerung. Aber das ist - noch - viel zu wenig. Was tun? Interbrigadisten? Gibt es schon, ist aber nicht die entscheidende Qualität, die deutsche GenossInnen der Welt einbringen können: Teilnahme an Kurdistandemonstrationen, damit diese wie in Griechenland oder Rußland, wenn auch von Einheimischen mitgetragen sind! Nutzung eigener Fähigkeiten! Wann übersetzt man die Politik endlich mal gemeinverständlich für jeden die ökonomischen Interessen des BRD-Innenparlamentes in die Sprache der Region?

Wann demonstriert die Friedensbewegung in den Rüstungsfabriken, denen die Türkei ihre Panzer und Flugzeuge verdankt, auch wenn Staatsminister Volmer von der CDU nach dem Ostermarsch spricht? Was können Insider wie Wolf und Eichler, Rupp und Blau leisten, um die Friedensarbeit? Klar aber muss sein: Egal, wie man zu Öcalan oder zur PKK stehen mag: Das Menschenrecht auf Leben gilt auch für sie, und deswegen verdienen sie unsere Solidarität gemäß dem „kategorischen Imperativ, alle Vernachlässigte zu werfen, unter denen Menschen erniedrigte, geknechtete, geduldete und beleidigte Wesen sind.“ (Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie).

Jürgen Bargmann

GERMANISIERUNGS - KAMPAGNE SCHAFFT BREITE AKZEPTANZ VON RASSISMUS UND NATIONALISMUS

Regierung gibt erleichtert klein bei

Der Wahlerfolg der CDU bei den Landtagswahlen in Hessen hat scheinbar bestätigt, was Meinungsforscher seit Wochen zu beschwören nicht müde werden: Eine „große Mehrheit der deutschen Bevölkerung“ lehne den Doppelpass ab. 'AusländerInnen' sind wohl nicht befragt worden.

Obwohl es in vielen Städten zu Protesten gegen die rassistische Unterschriften-Kampagne der CDU gekommen ist, scheint es der Union zu gelingen, eine bundesweite Massenmobilisierung „gegen den Doppelpass“ zu organisieren.

Und den wohl „besten Beweis“ dafür, dass die CDU auf dem 'rechten' Wege ist, liefert das prompte Umkippen der Regierung: Im Grunde schon am Wahlabend war der Regierungsentwurf für eine „erleichterte Einbürgerung“, der den „Doppelpass hingenommen“ hätte, vom Tisch.

Was ist los in dieser Republik?

Was in den vergangenen Wochen stattgefunden hat, ist ein Lehrstück in bürgerlicher „Demokratie“. Da ist eine Regierung angetreten, ausgestattet mit dem Logo „Rot-Grün“ und dem zentralen Wahlversprechen „Nicht alles anders, aber vieles besser“ zu machen.

Da wurde der fortschrittliche Teil der Gesellschaft mobilisiert in der Hoffnung, in drei wesentlichen Bereichen Änderungen herbeizuführen: Ausstieg aus der Kernenergie und ökologische Steuerreform, Verbesserungen für die sozial Schwachen und Fortschritte bei Menschen- und Bürgerrechten. Da wur-

de die gesellschaftliche Mitte - und die neue ist die alte - mobilisiert, eben die sozialen Schichten, die nicht ArbeiterInnen und nicht GroßunternehmerInnen sind, mit dem Versprechen, eine moderne, effizientere kapitalistische Marktwirtschaft nicht nach dem Gesetz des Neoliberalismus (was ja den Ruin für viele Mittelständler bedeutet), sondern nach einem staatlich gesteuerten 'Innovations'konzept („Keynes“-Wein in Hombachschlächten) zu entwickeln, da wurde der konservative Teil mobilisiert mit dem Konzept einer modernen „selbstbewussten Nation“, die selbstredend nach innen staatliche Repression und „zero tolerance“ verwirklicht als auch die Fortsetzung und Intensivierung militärischer Aggressivität nach außen.

Seit über 100 Tagen führt diese Regierung nun dem fortschrittlichen Teil der Gesellschaft vor Augen, als was er ihn bei der Stimmenbeschaffung betrachtete: als nützliche und insgeheim - inzwischen aber zunehmend öffentlich - verachtete Idioten.

Mit „fortschrittlichem Teil der Gesellschaft“ meinen wir keineswegs oder zumindest nur zu einem Teil die grüne Partei.

Wir meinen vielmehr Menschen aus vielen politischen Bewegungen, Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen, linken Zusammenhängen, Menschen aus SPD, aus DKP, aus PDS, aus Grünen, aus Flüchtlingsräten und AsylunterstützerInnen und viele mehr, die die ehrliche Hoffnung hatten, das „grün-rote Pro-

jekt“ sei eine Chance für einen „Politikwechsel“.

Das Vorhaben eines neuen, demokratischen Staatsbürgerschaftsrechtes war einer der wichtigen Essentials dieser Hoffnungen.

Demokratischer Widerstand gegen die Unions-Kampagne zur Zeit in den Hintergrund gedrängt

Viele der oben beschriebenen 'Hoffnungsvollen' scheinen in diesen Wochen geradezu gelähmt, und das hat unterschiedliche Gründe.

Zum einen haben sie durchweg die Entschlossenheit der CDU-Strategen unterschätzt, mit dem Instrument der „Doppelpass-Kampagne“ ihr sich erst langsam zur Kenntlichkeit herausbildendes Projekt einer neuen „demokratischen Rechten“, das das neofaschistische Spektrum von NPD bis REPs integriert, auf den Weg zu bringen. Die CSU/CDU hat keine Wahl, da es kein anderes Mittel gibt, das „Konzept Schröder“ ohne diesen 'neuen' rechts-nationalistischen Anstrich zu Fall zu bringen.

Viele fortschrittlichen Kräfte waren nicht in den Lage, den „Doppel-Pass“ im Rahmen eigenen Kampfes um weitergehende Ziele, als sie der Regierungsentwurf enthält, offensiv in der gesellschaftlichen Debatte zu verteidigen.

Dass dies sehr wohl möglich wäre, zeigt die Entwicklung der Diskussion in einzelnen Städten.

Sie waren nicht in der Lage, der CDU-Kampagne, die ja unter der Maske, „Damit Integration gelingen kann“, sich als 'fortschrittlicher' als das Regierungskonzept darstellte (nachdem anfängliche

Töne von Stoiber und Schäuble, die das tatsächliche Ziel relativ offen formulierten, schnell korrigiert worden waren, die Auseinandersetzung um den Kern der Frage aufzuzwingen.

Im Kern ging es und geht es um die Frage, ob ein neues Staatsbürgerschaftsrecht *allen hier Geborenen* die Rechte einer Staatsbürgerschaft zugestehet oder nur denen, die ihr Deutschtsein, wenn schon nicht mehr allein durch ihr Blut, so doch zumindest durch eine weitgehende Assimilation an „deutsche Sitten und Gebräuche“ unter Beweis stellen können.

Dass die CDU-Kampagne durch und durch heuchlerisch ist,



IFV sammelt Unterschriften gegen CDU-Kampagne

beweisen die dünnen Zeilen, die als Fazit ihres „Integrations“-Konzepts formuliert sind:

„Die Staatsangehörigkeit steht am Ende, nicht am Anfang der Integration.“

Es bedarf schon eines gewaltigen Maßes an widerwärtigem Zynismus, einen solchen Satz zu formulieren, angesichts der Tatsache, dass seit über 30 Jahren Menschen fremder Herkunft in Deutschland leben und arbeiten, ohne dass ihnen grundlegende Bürgerrechte wie das Wahlrecht zugestanden wurden.

Gerade die CDU hat in den 16 Jahren ihrer Regierung alles getan, um auch die zaghaftesten Ansätze zu mehr politischen Rechten von MigrantInnen zu verhindern.

Nun stellt sie sich heuchlerisch als Vorreiterin der „Integration“ dar, die am Ende doch nur wieder festhält, dass sie „Zugewanderten“ auch in Zukunft keine generellen politischen Rechte zubilligt, denn es ist nach ihren Ausführun-

dahinter versteckten Nationalismus nur mühsam im Verborgenen. Diese Formulierungen sind es, die die rassistischen „Diskurse“ an den CDU-Ständen in den vergangenen Wochen prägten: „Die Türken“ leben hier seit 30 Jahren und weigern



Aktion gegen CDU-Kampagne in Recklinghausen

sich, „vernünftig Deutsch“ zu lernen, die „wollen unter sich sein in ihren Ghettos“, in „Kreuzberg leben die doch schon jetzt wie in Istanbul“, die haben ihre „türkische Mentalität“, das „werden nie Deutsche“. Und die CDU-Strategen „vor Ort“ sind eifrig Stichwortgeber in Sachen rassistischer Emotionalisierung, wie z.B. der Mainzer Justizminister Caesar, der im taz-Interview äußerte: „Ein Deutsch-Türke mit beiden Staatsangehörigkeiten geht wieder zurück in die Türkei, wird dort vielfacher Vater. Diese Kinder sind dann zugleich auch Deutsche. Sie sprechen kein Wort Deutsch, sind nicht in Deutschland und haben keinerlei Bezug zu dem Land, dessen Staatsbürger sie sind.“

Man tut sich wirklich schwer, diesem widerlichen unterschwelligem Rassismus 'argumentativ' zu begegnen - vielleicht so: Auch in Deutschland geborene Kinder, egal von wem, sprechen bei ihrer Geburt „kein Wort Deutsch“. Oder so: es gibt auch deutsche Eltern, die Vierlinge oder Fünflinge zur Welt bringen. Vielleicht meint Caesar aber

auch, dass ein 'türkischer' Vater sich überlegt hat, er verläßt Deutschland, bleibt 10 Jahre in der Türkei, bringt dann 10 dort geborene Kinder (womöglich von drei verschiedenen Frauen, denn die Muslime dürfen ja mehrere Ehefrauen haben, nicht wahr?) einschließlich der zugehörigen Frauen mit nach Deutschland und sorgt hier dafür, dass der von 'uns' erarbeitete Wohlstand weiter geschöpft wird.

Nicht nur durch die Äußerungen eines Herrn Stäuber oder Schäuble wird klar, dass diese Kampagne in erster Linie dazu dient, den alltäglichen Faschismus ein Stück weiter hoffähig zu machen.

Nein, auch das darüber schleunigst gespannte ideologische Lügentuch der „Integrations“-Absichten zerreißt bei genauerem Hinsehen und läßt Fetzen des gleichen Rassismus zurück.

Der Kern des „Integrations“-Modells der CDU

Das „Integrationskonzept“ der Union läßt sich folgendermaßen auf den Punkt bringen: Es gibt „die Deutschen“ und „die Ausländer“. Da man die (vorhandenen) „Ausländer“ nicht alle abschieben kann, müssen sie Deutsche werden, da sie das nicht werden können, müssen sie irgendwann freiwillig gehen. Und daher auch die Konzentrierung der CDU auf den „Doppelpass“: Sie hat sehr wohl verstanden, dass das „Hinnehmen“ der zweiten Staatsbürgerschaft ja im Kern das Hinnehmen eines „Andersseins“ im „Deutschen“ sanktioniert - und eben das gilt es zu verhindern.

Dass genau dies beabsichtigt ist, zeigen auch die Äußerungen des unsäglichen Roland Koch nach der Hessen-Wahl: Er will, dass „die Ausländer ordentlich Deutsch lernen“ und deshalb den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht an Hessischen Schulen streichen. Begründet wird dies mit einem „Wahlversprechen“, nämlich einer „Unterrichtsgarantie“ (für deutsche

Schüler?). Um dies zu erreichen, sollen 465 Lehrer, die bislang muttersprachlichen Ergänzungsunterricht gegeben haben, „weiterqualifiziert“ werden (oder in den Vorruhestand versetzt werden). Dabei ist nach allen Erfahrungen klar, dass das Erlernen der deutschen Sprache auf der Grundlage des Erlernens der Muttersprache sinnvoll ist. Wer den muttersprachlichen Unterricht abschafft, produziert noch mehr „ausländische“ SchülerInnen, die beider Sprachen nicht mächtig sind. Die Konsequenz ist klar: Die Berufschancen für Kinder „ausländischer“ Eltern werden weiter sinken.

Wie bei allen anderen Formen des Rassismus ist auch hier der rationale Kern das Ausgrenzen all derer aus der sozialen Gemeinschaft, die ökonomisch nicht gebraucht werden - und das sind ja potentiell alle, die auf soziale Unterstützung angewiesen sind. Nur, dass man die Menschen 'deutscher' Herkunft nicht einfach ausweisen kann - bei den 'fremdstämmigen' geht das einfach, und das beste Instrument hierzu ist immer noch, sie rassistisch zu diffamieren, um die Entsolidarisierung weiter voranzutreiben.

Der Gipfel der Verlogenheit ist die „Argumentation“ der CDU, sie mobilisiere mit ihrer Kampagne nicht rechte Stimmungen, sondern die „Mitte“ - als Beweis wird auch noch angeführt, dass die „Rechts-extremen“ ja bei der Hessen-Wahl an Stimmen verloren hätten. Auf die naheliegende Idee zu kommen, dass die Wahlaussagen der CDU ja geradezu eine Einladung sind für „rechtsextreme“ Wähler, kommt selbstverständlich niemand. Zudem kann bei genauem Hinsehen nicht davon gesprochen werden, das Neofaschisten bei der Wahl in Hessen Stimmen „verloren“ hätten: Die REPs kamen auf 2,7 % (Bundestagswahl: 2,3 %), die NPD auf 0,2 % (Bundestagswahl 0,3 %) und der Bund freier Bürger (BFB) auf 0,4 % (Bundestagswahl 0,6 %). Mag

allerdings sein, dass die CDU die REP-Stimmen dem „demokratischen“ Lager zurechnete.

Selbstverständlich weist sie auch jegliche Verantwortung für den Mord in Guben „mit aller Entscheidung“ von sich - dabei wurde gerade dort das erschreckende Ausmaß an Entsolidarisierung und die Komplizenschaft von Polizei, Behörden und Einwohnern mit der ausländerfeindlichen Gewalt des Neofaschismus erneut exemplarisch deutlich (siehe dazu Bericht an anderer Stelle).

CDU-Kampagne macht Neofaschismus weiter hoffähig

An vielen Orten, nicht nur an den Unterschriftenständen der Union, sind Neofaschisten durch die Kampagne ermutigt worden, eigene Aktionen zu starten, um im Windschatten der Kampagne breitere „demokratische Akzeptanz“ zu erobieren.

So gründet sich am 13./14. März in Frankfurt ein „Nationales Komitee für einen Volksentscheid“ über die doppelte Staatsbürgerschaft. Die „Frankfurter Initiative: Keine millionenfache doppelte Staatsbürgerschaft ohne Volksentscheid“ macht mobil und will „strikt überparteilich agieren“, um ein „breites Spektrum politischer Kräfte zu repräsentieren“. Unter den Erstunterzeichnern der „Frankfurter Initiative“ befinden sich Unterstützer eines anderen rechten Bündnisses, des „Bund Konstruktiver Kräfte Deutschlands“ (BKKD). Im BKKD tummeln sich Gruppierungen wie der Bund Freier Bürger (BFB), die „Deutsche Partei“, die „DSU“ (Ost) und die „Unabhängigen Ökologen“. Auf Kundgebungen des BKKD am Kyffhäuser-Denkmal sprachen u.a. Hans-Helmuth Knütter, Alfred Mechttersheimer und Baldur Springmann.

Unter dem Motto „Keine deutschen Pässe für Ausländer“ stand der am 27.2.1999 in Magdeburg durchgeführte Aufmarsch des NPD-Landesverbandes Sachsen-

Anhalt. Die Demo war der Auftakt für eine bundesweite Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, wie auf dem NPD-Bundesparteitag beschlossen wurde.

Die „Schlacht“ ist noch nicht verloren

Im Unterschied zu einer Reihe anderer Gruppen sind wir der Meinung, dass die Hessen-Wahl keineswegs schon bewiesen hat, dass die CDU und die „Meinungsforscher“ richtig liegen in ihrer triumphierenden Analyse, dass „das Volk“ über den Doppelpass entschieden habe.

Zum einen haben die ersten

100 Tage der neuen Regierung genug andere Gründe geliefert, sie nicht wiederzuwählen. Zum nächsten sind bei den vergangenen Wahlen in Hessen immer sehr knappe Ergebnisse erzielt worden, mal war die CDU, mal die SPD vorn. Zum dritten zeigen die Diskussionen in der Bevölkerung, dass, mal abgesehen von der Mobilisierung des braunen Stammisches, sehr viele

BürgerInnen in der Frage des „Doppelpasses“ eine breite öffentliche Diskussion führen wollen - an deren Ende nun keineswegs die Unterstützung der Unions-Kampagne stehen muss. Es kommt aber darauf an, dass diese Diskussion geführt und organisiert wird - hier sind im Grunde SPD und Grüne gefordert, ihre organisatorischen Möglichkeiten in die Wagschale zu werfen. Es reicht wohl kaum, dass die Regierung eine Anzeige mit Gottschalk, Becker und Westermhagen veröffentlichte - was die CDU

prompt damit beantwortete, dass sie ihre Unterschriftenlisten durch Tageszeitungen ausliefern ließ (so zumindest durch den WAZ-Konzern).

Gefordert wäre das öffentliche Auftreten von SPD- und grünen PolitikerInnen auf kommunaler Ebene. Aber da kann man vermutlich lange hoffen.

Mehr Chancen beständen, wenn ausländische Organisationen, Flüchtlingsräte und Menschenrechtsgruppen öffentlich Flagge zeigten. Aber auch die halten sich bisher zögerlich zurück.

Blieben zumindest die antifa-

„Schlachthorn“-Ja zur Integration der CSU“, wie sie u.a. die Gruppe „Clowns sammeln Unterschriften C.S.U.“ in Regensburg durchführte. Sie sammelten an einem Platz, an dem die CSU Unterschriften gegen den Doppelpass gesammelt hatte, 170 Unterschriften unter ihren Appell. Der Aktionssprecher Johannes Simon: „Die meisten Untersreiber werden wohl erst zu Hause aus dem Infoblatt erfahren, dass sie Deutschkurse für Deutsche gefordert haben.“

Hinter diesen Worten des Kollegen Simon steckt die weit verbreitete Meinung eines Teils der 'Lin-

ken', dass die Mehrheit der Bevölkerung mindestens genauso rassistisch ist wie ihre Herrschenden - da kann man halt nichts machen. Und wenn man halt nichts machen kann, dann will man wenigstens selber ein bißchen Spass dabei haben, sie zu verarschen. Glaubt er denn nun, dass die so Verarschten später ihre Meinung ändern, nachdem sie erkannt, dass sie verarscht und als nicht 'mündige' BürgerInnen ent-

larvt wurden?

Erfolgreicher sind da schon Aktionen wie die am S-Bahnhof Duisburg-Großenbaum, wo AntifaschistInnen den CDU-Stand „umzingelten“ und Parolen riefen wie „Was will ich, was willst Du - das Verbot der CDU“, dabei Flugblätter verteilten und mit den Leuten diskutierten. Auf den verteilten Flugblättern stand eine „Pressemitteilung der NRW-Republikaner“: „Republikaner bieten Landes-CDU Unterstützung an“. Das nervte die CDU-AktivistInnen am Stand ganz



Faschisten demonstrieren in Berlin gegen den Doppelpaß (der ehemalige „linke“ Horst Mahler ist dabei)

schistischen Organisationen und sozialistische Kräfte. Von denen kam bisher der meiste öffentliche Protest, jedoch zeugen die Politikformen häufig noch von einem Unterstellen des Ausmaßes und der Bedeutung der CDU-Kampagne. Viele „Spaß“-Aktionen zeigen, dass man im Grunde davon ausgeht, dass der rassistische Charakter der Kampagne eigentlich jedem ehrlichen Menschen klar sein müsste - das ist nicht der Fall!

Nehmen wir als Beispiel nur die Aktion „Nein zur doppelten

schön, und die Kommentare der Unterzeichnungswilligen bestätigen durchaus die Erwartungen der versammelten AntifaschistInnen: „Die Ausländer gehören nicht hierher“ sagte ein Rentner. Eine Seniorin war großzügiger: „Die dürfen ein halbes Jahr hier arbeiten, dann sollen sie nach Hause gehen!“

Unterschieden haben am Ende etwa 100 Leute - darunter viele Prominente, von „Adolf Hitler“ bis „Meingott Walter“.

So schön die eine oder andere Aktion auch ist, es kommt in den nächsten Wochen vor allem darauf an, die breite öffentliche Diskussion zu suchen und der CDU vor der Öffentlichkeit den Schleier vom Gesicht zu reißen. Ihr dabei die Stände umzuwerfen oder sie wie Faschisten zu verjagen, ist kontraproduktiv - so sehr wir auch den Zorn einiger Freunde verstehen können.

Konkrete Erfahrungen

In einigen Städten wer-



den z.B. Unterschriftenaktionen gegen die CDU-Kampagne durchgeführt, in denen der sofortige Stopp dieser Kampagne gefordert und Forderungen formuliert werden, die über den SPD-Gesetzesentwurf hinausgehen.

So fördert z.B. der Internationale Freundschaftsverein (IFV) in seiner Aktion „Gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden und hier geborenen Menschen, egal welcher Herkunft sie sind“ und „Ein demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht nach dem Territorialprinzip:

Deutscher ist, wer in Deutschland geboren wurde und damit alle Bürgerrechte und -pflichten erwirbt“.

Zwar hat der Verein mit seiner Aktionen bisher „nur“ einige hundert Unterschriften gesammelt, aber diese waren Ergebnis von Diskussionen in der Öffentlichkeit, von „ganz normalen BürgerInnen“, auch aus der CDU, und dies beweist, dass es sehr wohl eine andere gesellschaftliche „Mitte“ gibt, die aber im Gegensatz zur emotionalisierten Klientel von CDU/CSU über die Frage der Staatsbürgerschaft einen gesellschaftlichen Diskurs wünscht.

Wie ein solcher Diskurs organisiert werden kann, zeigt auch der Appell der DIDF-Jugend „Gemeinsam Leben - Gemeinsam Handeln!“. Darin heißt es:

„Wir als DIDF-Jugend sind uns bewusst, dass das Ausländerproblem im Grunde genommen ein Inländerproblem ist und die Hindernisse gegen das Staatsbürgerschaftsrecht sich auch gegen die Interessen der Inländer konzentrieren. Schließlich arbeiten wir in den selben Betrieben, gehen in die selben Schulen, studieren zusammen und stehen gemeinsam in den Schlangen des Arbeits- und Sozialamtes. Aus diesen Gründen haben wir die gleichen Sorgen und auch die gleichen Interessen. Also liegt es auch letzt-

endlich in unseren Händen, gemeinsam dieser Frontpolitik und dieser Kampagne ein Ende zu setzen. Lassen wir nicht zu, dass man künstliche Mauern zwischen uns Jugendlichen aufbaut und uns gegeneinander ausspielt.“

Parteien wie CDU oder SPD sind von ihrem Grundverständnis nicht in der Lage und nicht willens, einen solchen Diskurs zu ermöglichen, und die Grünen, die dies mal konnten, inzwischen auch nicht mehr.

Also wachsen anderen Kräften diese Aufgaben zu, und sie sind - das ist zu konstatieren - bislang wenig darauf vorbereitet.

Umso wichtiger sind die Erfahrungen der vergangenen Wochen, in denen Menschen z.B.

aus dem „Forum Erfurter Erklärung“ anfangen, diesen Diskurs mitzuorganisieren - viele von ihnen noch nicht sehr vertraut mit ihrer eigenen Parole „Heraus aus der Zuschauerdemokratie“ - aber in der Auseinandersetzung mit der CDU-Kampagne wird ihnen praktisch klar, dass Formen „eingreifender“ Demokratie möglich sind.

Die kommenden Wochen werden zeigen, ob wir auf diesem Weg ein Stück vorangekommen sind.

Wolfgang Tschentscher

GUBEN - EINE STADT WIE JEDE ANDERE IN DEUTSCHLAND

Gubens Polizei nur „ein bisschen durcheinander“?

Am Samstag, 13. Februar, fand der alltäglich in Deutschland schwelende Rassismus ein weiteres Opfer: Der Algerier Omar Ben Noui wurde von einer Clique nazistischer Jugendlicher zu Tode getetzt.



Omar Ben Noui

Die Vorgeschichte:

Vor einer Gubener Discothek kommt es am Samstag um 2.50 Uhr zu einem Streit zwischen Vietnamesen und Deutschen. Ein „schwarzer“ Discothekbesucher greift ein und verletzt einen Deutschen. In der Nazi-Szene spricht man von einem „Fleischerbeil“ als Waffe, bei der Staatsanwaltschaft Cottbus später von einer „Machete“. Unmittelbar nach dem Vorfall kümmert sich die Polizei um den verletzten Deutschen, seine Freunde erstatten per Handy Anzeige gegen „einen Schwarzen“. Weitere Hinweise auf Identität oder Aufenthaltsort des mutmaßlichen Täters: Null.

Ein paar Stunden später:

Issaka Kaba, Asylbewerber aus Sierra Leone, verläßt die Discothek. Als er von Nazis in Autos verfolgt wird, flieht er zusammen mit dem Algerier Omar Ben Noui. Der verletzt sich beim Versuch, in einen Hausflur zu flüchten, und verblutet. Während der Flucht hatten sie vergeblich versucht, vorbeifahrende Polizei auf sich aufmerksam zu machen. Kaba kann entkommen und ruft von einer Kneipe aus die Polizei. Die Nazis sind inzwischen vor der Kneipe eingetroffen und „erzählen“ der Polizei, Kaba sei der gesuchte „Schwarze mit der Machete“. Er wird daraufhin in Handschellen gefesselt und acht Stunden lang im Besucherraum der Polizeiwache Guben festgehalten, bevor man ihn vernimmt.

Noch am Dienstag erklärt die Polizei in Cottbus, Kabas Geschichte von den Handschellen sei „frei erfunden“.

Später tritt man dann den un-

geordneten Rückzug an. Oberstaatsanwältin Petra Hartwig erklärt, der Asylbewerber sei „von den Skinheads beschuldigt worden, zuvor einen Kumpanen verletzt zu haben, allerdings sehe es derzeit so aus, als hätten sich die Jugendlichen geirrt. Auch weiterhin werde gegen Kaba ermittelt. Persönlich betrachte sie die Umstände seiner Festnahme im übrigen als Nebenschauplatz“.

Leise Zweifel an der Berechtigung der Gubener Verhörmethoden meldeten sich dann allerdings in Brandenburgs Innenministerium. Ministeriumssprecher Füger: „Weil auf der Gubener Wache die notwendigen Verwahrungszellen noch im Bau sind, hat man mit Handschellen vorliebgenommen. Ob das alles angemessen war, muß man natürlich prüfen lassen.“

Vorläufige

„Ermittlungsergebnisse:

In Sachen Omar Ben Noui ermittelte eine 12köpfige Sonderkommission. Insgesamt zehn junge Männer wurden bislang festgenommen, zwei hat man im Jugendheim

untergebracht, fünf weitere wurden wieder auf freien Fuß gesetzt, gegen drei wird derzeit noch ermittelt. Die Suche nach den Rädessführern laufe auf Hochtouren, versichert die Staatsanwaltschaft.

Reaktion der Stadt Guben:

Am Montag, dem 15.2., trafen sich Gubener Asylbewerber an dem Ort, an dem Omar zu Tode kam. Pflichtgemäß übermittelte der Bürgermeister im Namen der Bevölkerung „noch einmal sein ganz tiefes Mitgefühl“. Jugendpfleger Ingo Leye, der als Streetworker in Guben arbeitet, erklärte: „Wir werden keine national befreiten Zonen zulassen.“

Nein!

(Informationen zu diesem Artikel aus: taz vom 17.2.99)

Protestaktion in Guben



8. MÄRZ - INTERNATIONALER FRAUENTAG

„Nicht nur für einen Tag“

Auf Anregung der deutschen Sozialistin Clara Zetkin wurde 1910 auf der zweiten sozialistischen Frauenkonferenz ein internationaler Frauentag ausgerufen. Er sollte die Forderung nach Frauenwahlrecht unterstützen. Anlass waren Frauenproteste am 8.3.1908.

Der erste „Internationale Frauentag“ war der 19. März 1911. Erst 1975 wurde der 8. März offiziell von der UNO als Internationaler Frauentag gewürdigt. Auch 1999 finden zum 8. März zahllose Veranstaltungen, Ausstellungen, Lesungen und sonstige Aktionen statt.

Gewerkschafterinnen klagen die zunehmende soziale Ungleichheit von Frauen in Arbeitsverhältnissen sowie die steigende Frauenarbeitslosigkeit an.

Linke Frauenorganisationen wie „Courage“ fordern mehr soziale Rechte und stärkere gesellschaftliche Teilhabe für die Frauen.

In den Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre um den Abtreibungsparagrafen haben Frauen wichtige Erfolge erzielt.

Seitdem scheint „die“ Frauenbewegung als erkennbare gesellschaftliche Größe in den Hintergrund getreten zu sein.

Feministinnen bestreiten dies. So

behauptet etwa Ulrike Janz, feministische Buchhändlerin in Bochum: „Die Frauenbewegung wird seit Mitte der 70er Jahre für tot erklärt, ohne dass sie es jemals war. Sie ist natürlich sehr viel breiter geworden und zum Teil auch inhaltlich verflacht. Es gibt aber immer noch radikal - innovative Gruppierungen, die aktiv und engagiert für Frauenrechte kämpfen.“ (in: taz ruhr vom 4.3.1999)

Das letztere trifft sicher zu, bestes Beispiel ist die Organisation „**terre des femmes**“, die bundesweit Kampagnen gegen „**Genitalverstümmelung**“ und gegen „**Frauenhandel**“ organisiert.

Leider konkretisiert Janz nicht, was sie mit „Verflachung“ der Inhalte meint.

Möglicherweise spielt sie aber auf die Tatsache an, dass die Frauenbewegung in Deutschland zur Zeit nicht in der Lage ist, ein übergreifendes radikal-demokratisches Projekt zu formulieren, das aus den gesellschaftlichen Widersprüchen *hierzulande* erwächst.

Es scheint außerdem so, dass sehr viele „Frauenprojekte“ inzwischen staatlich institutionalisiert und „bezuschusst“ sind und sich in zunehmend nicht-radikaler Form mit „Geschlechterforschung“ beschäftigen.

An den aktuellen Formen besonderer Ausbeutung und Entrechtung der Frauen durch Frauenhandel und Zwangsprostitution scheint die „bürgerliche“ Frauenbewegung weniger interessiert. Stattdessen startet „Emma“ im Bündnis mit bürgerlichen Parteipolitikerinnen aus allen politischen Spektren eine parteiübergreifende Initiative, ein staatliches „Pornographie-Verbot“ in Gesetzesform zu gießen. Moralisch untermauert wird dies Unternehmen durch den verständlichen „Volkszorn“ über Gewalt an Kindern, ideologisch beschönigend „Kindesmißbrauch“ und „Kinderpornographie“ bezeichnet.

Sicher stehen bei vielen Frauengruppen am 8. März 1999 zu Recht internationale Themen, Beispiele für Ausbeutung und entwürdigende Behandlung von Frauen in der 3. Welt und in den Kriegen in anderen Ländern, nicht zufällig an erster Stelle.

Dennoch scheint uns eine politische und theoretische Auseinandersetzung um die Frage, welche *eigenen* zentralen gesellschaftlichen Forderungen die Frauenbewegung wieder zu einer streitbaren gesellschaftlichen Triebkraft, die über das Bestehende hinausweist, machen können, dringend geboten.

Stephan W. Born



Menschenrechte für die Frau 2/98

Die Zeitschrift von TERRE DES FEMMES

- Frauenrechtsverletzungen in China
- Die Textilindustrie in Shenzhen/China
- Verhandlungen mit dem Otto Versand

TERRE DES FEMMES, PF 2565, 72015 Tübingen
Tel. 07071/7973-0, Fax 07071/7973-22.
Bitte 6,50 DM + 2 DM Versandkosten in Briefmarken beilegen.

HERNE UNTERM HAKENKREUZ

ausgewählte Quellen zur nationalsozialistischen Herrschaft in einer Ruhrstadt

Die vorgelegten Quellen und Auszüge von Quellen stellen einen kleinen Teil einer größeren Arbeit dar, die von einem Leistungskurs Geschichte des Pestalozzi-Gymnasiums in Herne erarbeitet wurde. Die Textsammlung sollte zur „Grundausrüstung“ eines/r jeden/r Herner Antifaschisten/in gehören.

Nr. 10: Groß-Bochumer Anzeiger 2. Februar 1933

Herne Untermenschen demonstrieren!

Am Dienstag glaubten die Marxisten in Herne gegen das neu ernannte Kabinett demonstrieren zu müssen. Kommunisten und Sozialdemokraten liefen in lieblicher Eintracht durch die Straßen und hatten, um „Eindruck zu schinden“, noch Zuzug von außerhalb geholt. Es herrschte im übrigen die gewohnte Unordnung. Eine große Zahl mitlaufender Frauen hatte die Aufgabe, durch ihr hysterisches Geschrei unangenehm aufzufallen. Was gerade die Frauen sich an Schmähungen über unseren Führer erlaubten, geht bestimmt über die Hutschnur. Unfaßlich ist uns nur, daß die anwesenden Polizeibeamten nicht sofort zur Auflösung des Zuges schritten. Oder müssen die Beamten erst von dem Herrn Polizeiamtsleiter darauf aufmerksam gemacht werden, daß es auch unter der neuen Regierung ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, Schmähungen gegen den Reichskanzler und die übrigen Mitglieder des Kabinetts zu unterbinden.

Wir möchten einmal die Tätigkeit einzelner Beamten gesehen haben, wenn sich die Unflätigkeiten der Kommune gegen einen sozialdemokratischen Reichskanzler gerichtet hätten !!

Man hat sich anscheinend noch nicht an die geänderten Verhältnisse gewöhnt. Es wird die vornehmste Aufgabe der leitenden Stellen sein, hier möglichst bald für Abhilfe zu sorgen. Wir wollen es nicht unterlassen, zu betonen, daß es erfreulicherweise auch eine große Zahl von Beamten gibt, die den marxistischen Kreisen fernstehen, und die ihre Pflicht kennen und danach handeln.

Über den Umzug noch mehr Worte zu machen, erübrigt sich. Auch die Hermer Marxisten werden in kurzer Zeit erfahren, daß die Zeit hemmungsloser Agitation vorbei ist.

Nr. 12: Rede des Oberbürgermeisters Täger in der Stadtverordnetenversammlung

Im Auftrage des Vorsitzenden des Bezirksausschusses in Arnsberg, habe ich die Ehre, die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu eröffnen.

Schon die äußerliche Form dieser Sitzung - der Saal im festlichen Gewande, an den Wänden die Fahnen der nationalen Erhebung und die beiden Bilder früherer deutscher Kaiser, die im Jahre 1918 aus diesem Saal entfernt worden waren - läßt erkennen, dass dieser Sitzung eine besondere Bedeutung beigemessen werden muss und dass sie einen besonderen Charakter trägt. Wir stellen fest, dass durch die Märzahlen eine tiefgehende Umgestaltung des Öffentlichen Lebens in Deutschland stattgefunden hat. Nationales Denken, völkisches Fühlen und der Wunsch vollständigen Verbundenseins mit den Volksgenossen in Freud und Leid ist an erste alles andere beherrschende Stelle getreten und hat damit

unserem Leben und unserer Arbeit einen neuen Aufschwung gegeben. Nicht als ob die Liebe zu unserem Volk und der Wunsch, nur diesem zu dienen, unter Hintansetzung persönlicher Vorteile, für uns etwas Neues wäre, besonders für die, die wir in der Vorkriegszeit gross geworden sind, ist das etwas selbstverständliches.

In jahrelanger zielbewusster Arbeit an der Seele des Volkes durch die Männer der heutigen Bewegung, jeder nach seinem Plan, aber alle mit demselben Ziel, ist der heutige Zustand nationalen Denkens und Fühlens wieder erreicht worden und die hierfür erforderliche Lebensauffassung mit elementarer Gewalt zum Durchbruch gekommen, ein Zeichen, welche grosse Kraft auch in der Zeit schwerster wirtschaftlicher Not in unserem Volke ruht, welch vorzüglicher Kern in unserer Volkskraft liegt und dass unter richtiger Führung das Gute im Deutschen noch immer die Oberhand gewinnt. Es ist mir ein dringendes Bedürfnis, auch von dieser Stelle aus den Männern, die diese Tat vollbracht haben, in erster Linie unserem hochverehrten Reichspräsidenten von Hindenburg und unserem hochverehrten Reichskanzler Hitler von ganzem Herzen im Namen der Bevölkerung Herms unsern tiefgefühltesten Dank auszusprechen und ihnen das Gelöbnis abzulegen, sie von Seiten der Verwaltung aus in diesen Bestrebungen, in dieser Arbeit für den Wiederaufbau nach jeder Richtung hin mit aller Kraft zu unterstützen. Wenn das Volk unter ihrer starken zielbewussten Führung und mit vollem Verständnis für die Ideen der heutigen Regierung wie ein Mann zusammensteht und zusammenarbeitet, dann dürfen wir auch die berechtigte Hoffnung haben, dass wir uns wirtschaftlich wieder heraufarbeiten werden und unsere vom Ausland schamlos angetastete Ehre wieder rein da stehen wird.

Mehr als je ist in den letzten Jahren erkannt worden, dass sich das Wohl eines Staates in erster Linie auch stützt auf das ordentliche Arbeiten der unteren Verwaltungsbehörden, so insbesondere der Stadt- und Landkreise, die den Willen des Staates unmittelbar an den einzelnen Bürger herantragen und für die Ausführung des staatlichen Willens in erster Linie verantwortlich sind. Wenn wir die im Reich und Staat herrschenden Grundsätze in voller Form zum Besten unserer Einwohner wollen auswirken lassen, so ist es erforderlich, dass alle unsere Massnahmen von diesen Grundsätzen beherrscht werden und wir die Linie der Regierung zu der Unseren machen. Dass dies unser Bestreben sein wird und wir bemüht sein werden, diese Forderung in jeder Beziehung zur Geltung zu bringen, kann ich im Namen der Verwaltung der Stadt und ihrer gesamten Beamten insbesondere im Namen der besoldeten Dezerenten der Stadtverwaltung versichern.

Die Grundgedanken teilen wir restlos mit der gegenwärtigen Regierung, nämlich getragen von rein nationalen Geist, die Verwaltung so sparsam wie möglich zu halten und wo es noch nicht geschehen ist, mit Ihrer Hilfe, meine Damen und Herren, so zu gestalten und darüber zu wachen, dass uneingeschränkte Sauberkeit in Denken und Handeln die gesamte Verwaltung auch in Zukunft bestimmen wird.

Ich richte an Sie, meine Damen und Herren, die Bitte, die Verwaltung in ihren Bestrebungen zu unterstützen und mit uns vertrauensvoll am Wohle unserer Stadt Herne zusammenzuarbeiten.

Nr. 16: Dringlichkeitsantrag von Hakenkreuz und Schwarz-Weiss-Rot vom 3.4. 1933 - Straßenumbenennungen

**Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 3. April 1933.
Ausserhalb der Tagesordnung.**

Dringlichkeitsantrag Hakenkreuz und Schwarz-Weiss-Rot.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Das Polizeiamt Herne ist anzuweisen, folgende Straßen und Plätze umzubennen:

1. Marktplatz mit anschließenden Teilen der Behrens- und Freiligrathstraße in Adolfplatz. Hitler-
2. Huestraße in Schlageterstraße.
3. Bebelstraße in Hermann Göringstraße
4. Fritz Ebertstraße in Horst Wesselstraße
5. Lönsstraße in Hermann Lönsstraße

6. Rathenauplatz in Josef Wagnerplatz.“

Die Dringlichkeit wurde anerkannt.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Antrage einstimmig zu.

Der Stadtverordneten-Vorstand: B o n g a r d t.

Der Protokollführer: Itjeshorst.

Die Übereinstimmung mit dem Originalbeschluss bestätigt:

Itjeshorst (Stadtobersekretär).

Nr. 21: Beurlaubung des Oberbürgermeisters Kiwit (Wanne-Eickel) vom 23.3.1933

Abschrift.

Oberbürgermeister Kiwit

Wanne-Eickel, den 23. März 1933

Von der Kreisleitung der N.S.D.A.P. wurde mir heute mitgeteilt, daß ich bis Freitag, den 24. März 1933, 12 Uhr ein Urlaubsgesuch einreichen solle.

Nähere Gründe sind mir nicht bekannt. Ich bitte daher, mich bis auf weiteres beurlauben zu wollen.
gez.: Kiwit.

Nr. 24: Dringlichkeitsantrag der NSDAP vom 3.4.1933 Ehrenbürgerrechte Hitlers und Hindenburgs.

Beschluss

der Stadtverordnetenversammlung am 3. April 1933

Ausserhalb der Tagesordnung.

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der N.S.D.A.P.

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die jüngste deutsche Großstadt, deren Großstadtwerdung in die Zeit der nationalen Erhebung gefallen ist, die Stadtgemeinde Herne, verleiht dem alten, ehrwürdigen Reichspräsidenten des Deutschen Reiches, Generalfeldmarschall von Hindenburg und dem Volkskanzler Adolf Hitler die Ehrenbürgerschaft.“

Die Dringlichkeit wurde anerkannt.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Antrage einstimmig zu.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

Der Protokollführer.

Nr. 32: Herner Anzeiger vom 4.5.33 zur Gleichschaltung der Gewerkschaften

Herner Anzeiger

Nr. 105 (Erstes Blatt)

Donnerstag, den 4. Mai 1933

Alle Gewerkschaften gleichgeschaltet

Berlin, 3. Mai 1933

Die NSK meldet:

Wie uns vom Leiter des Aktionskomitees zum Schutz der Arbeit, Dr. Ley, mitgeteilt wird, haben der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Gewerkschaftsring deutscher Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenverbände (Hirsch-Dunker), der GDA, der RDA und andere Verbände sich bedingungslos der Führung

A D O L F H I T L E R S und den Anordnungen des Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit unterstellt. Morgen werden mit dem DHB als letzten Verband Verhandlungen stattfinden.

Es ist zu hoffen, daß auch diese Organisation den Geist der Zeit erkennt und sich dem großen Werke einfügt.

Damit wäre zum ersten Mal in der deutschen Arbeiterbewegung die Zusammenfassung aller Arbeiter- und Angestelltenverbände erreicht und eine der größten Werke vollendet, die die Geschichte des deutschen Arbeitertums hat.

Wie uns der Leiter des Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit, Dr. Ley, weiter mitteilt, hat er jetzt, nachdem sich viele Verbände bedingungslos und vorbehaltlos der NSDAP unterworfen haben, die Absicht, die sachlichen und fachlichen Kräfte

aus vielen Organisationen zur Mitarbeit heranzuziehen.

Schon auf dem in der nächsten Woche stattfindenden großen Arbeiterkongreß in Berlin wird dieser Wille zum Ausdruck gebracht werden.

Nr. 33: Herner Anzeiger vom 23.6.1933 zum Verbot der SPD.

Herner Anzeiger

Nr. 145 (Erstes Blatt)

Freitag, den 23. Juni 1933

Das Verbot der SPD

Auf Grund der Verordnung vom 28. Februar/ Wegen Landesverrat der Führer/ Von allen Mandatentragern ausgeschlossen

TU. Berlin, 22. Juni. Der Reichsminister des Inneren hat am heutigen Donnerstag die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verboten.

In einer Anweisung an die Länderregierungen hat der Reichsminister ersucht zu veranlassen, daß das Verbot durchgeführt wird.

Amtlich wird mitgeteilt:

Vorgänge der letzten Zeit haben den unumstößlichen Beweis dafür geliefert, daß die deutsche Sozialdemokratie vor hoch- und landesverräterischen Unternehmungen gegen Deutschland und seine rechtmäßige Regierung nicht zurückschreckt.

Führende Persönlichkeiten der SPD wie Wels, Breitscheid, Stampfer, Vogel befinden sich seit Wochen in Prag, um von dort aus den Kampf gegen die nationale Regierung in Deutschland zu führen. Wels hat eine Erklärung veröffentlicht, daß sein Austritt aus dem Büro der Zweiten Internationale nur fingiert gewesen sei. Er hat an den Vorsitzenden der Arbeitergruppe auf der internationalen Arbeiterkonferenz in Wien ein Telegramm gerichtet, in dem er in verleumderischer Weise die Arbeiterschaft der übrigen Länder gegen die nationale deutsche Regierung aufzuhetzen versucht.

Die erweiterte Parteileitung der SPD hat sich aus ihrer vor einigen Tagen in Berlin abgehaltenen Sitzung lediglich nach außen von diesen Leuten wie Wels, Breitscheid usw. distanziert, es aber bezeichnenderweise unterlassen, diese Personen wegen landesverräterischen Verhaltens wirklich abzuschütteln und aus der Partei

auszuschließen. Im Gegenteil ist in einer von der Polizei überraschten Geheimversammlung sozialdemokratischer Führer in Hamburg ebenfalls landesverräterisches Material gefunden worden. Dies alles zwingt zu dem Schluß, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als eine staats- und volksfeindliche Partei

anzusehen, die keine andere Behandlung mehr beanspruchen kann, wie sie der kommunistischen Partei gegenüber angewandt worden ist.

Nr. 36: Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 2.5.1933 -Überprüfung städtischen Bücherei-

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 2. Mai 1933

Außerhalb der Tagesordnung

Dringlichkeitsantrag der Fraktion Kampffront Schwarz-Weiss-Rot.

„Die unterzeichneten Stadtverordneten beantragen hiermit schnellste Überprüfung der gesamten, zur leihweisen Ausgabe an die Bevölkerung bestimmten städtischen Bücherei und Ausmerzung aller marxistischen, pazifistischen und vom Standpunkt der guten Sitte als Schundliteratur zu bezeichnenden Bücher. Sie beantragen ferner, die ausgeschiedenen Bücher in Anwesenheit des zuständigen Ausschusses zu verbrennen, damit sie nicht wieder in den Verkehr gebracht werden können.“

Der kom. Oberbürgermeister Meister teilt mit, daß der Antrag insoweit überholt sei, als er bereits einen Kommissar bestimmt habe, der die städt. Bücherei und die Büchereien der höheren Schulen, Volksschulen und Berufsschulen zu überprüfen habe. Es handle sich um einen Fachmann. Es sollen dem Kollegium die Bücher benannt werden, die auszuscheiden seien. Ferner soll das Kollegium ein Verzeichnis der verbleibenden Bücher erhalten. Die auszuscheidenden Bücher sollen öffentlich verbrannt werden.

Stadtverordneter Ibing zieht darauf den Dringlichkeitsantrag zurück.

Der Stadtverordneten-Vorsteher:

B o n g a r d t.

Der Protokollführer:

Itjeshorst.

Die Übereinstimmung mit dem Original bescheinigt:

Itjeshorst

(Stadtobersekretär)

Nr. 51: Erklärung der Herner Zeitung vom 22.6.1933

Herner Zeitung

In eigener Sache!

Der Verlag der „Herner Zeitung“, zugleich „Gerther Zeitung“, hat an die Kreisleitung der NSDAP in Herne folgendes Schreiben gerichtet:

Herne, den 21. Juni 1933

An die Kreisleitung der NSDAP,

Z.Hd des Herrn Kreisleiter Karl Nieper

Herne.

Wir erklären hiermit freiwillig bindend, daß wir ab heute, Mittwoch, den 21. Juni 1933, Anzeigen jüdischer Unternehmen, sowie jüdischer Vereinigungen usw. in der „Herner Zeitung“ zugleich „Gerther Zeitung“ nicht mehr veröffentlichen werden. Ebenso werden wir die Aufnahme von Warenhausanzeigen ablehnen.

Wir wollen durch diese Maßnahme eindeutig zum Ausdruck bringen, daß wir uns uneingeschränkt und mit allen Kräften für die nationalsozialistische Regierung einzusetzen gewillt sind.

Hochachtungsvoll

Verlag der Herner Zeitung

C. Th. Kartenberg

ppa.

gez. Cael Theo Holtmann.

Nr. 55: Protokoll der Sitzung der Gemeinderäte am 7. August 1935

Außerhalb der Tagesordnung:

1. Massnahmen gegen die Juden
- Ratsherr Dr. Dustmann beantragt, dieselben Massnahmen zu ergreifen, wie sie auch in der Stadt Gladbeck vorgesehen sind. Ratsherr Körbel legt folgenden Antrag vor:
 1. Juden dürfen in Herne die städtischen Bäder nicht mehr benutzen, desgleichen auch nicht die Sport- und Tennisplätze. In anderen Städten sind diese bereits für Juden gesperrt.
 2. Juden dürfen in Herne keine Grundstücke und Häuser erwerben. Soweit zum Grundstückserwerb von der Stadt Herne die Genehmigungspflicht einzuholen ist, wird diese nicht erteilt.
 3. Juden dürfen in Herne keine Geschäfte oder Betriebe übernehmen, noch neu eröffnen.
 4. Jüdische Schul-Kinder dürfen nicht gemeinsam mit deutschen Kindern die Schule besuchen.
 5. Der Herner Wochenmarkt darf nicht von jüdischen Händlern besucht werden.
 6. Volksgenossen, die weiterhin irgendwelche Beziehungen zu Juden unterhalten, können aus öffentlichen Mitteln nicht mehr unterstützt werden.
 7. Geschäftsleute, die gegen den Staat eingestellt sind, oder bei Juden kaufen, sollen keine städtischen Lieferungen bekommen.
 8. Beamte oder Angestellte, Frauen und Hausangestellte, die noch bei Juden kaufen, sollen sofort aus dem Dienste der Stadt entlassen werden.
 9. Die Berechtigung zur Annahme von Ehestandsdarlehensscheinen sowie städt. Gutscheine darf nur rein deutschen Geschäften zuerkannt werden.

Es findet eine Aussprache statt. Der Herr Oberbürgermeister sagt hinzu, dass den Wünschen entsprochen werden soll, soweit sie gesetzlich zulässig seien.

Nr. 68: Schreiben der Gestapo Dortmund an den Oberbürgermeister von Wanne-Eickel vom 30. Juli 1942

- Abschub von Juden -
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Dortmund
- Außenstelle Bochum -
B.-Nr. 4626/42 - IV B 4 -
An den
Herren Oberbürgermeister
in Wanne-Eickel
Betrifft: Abschub von Juden
Vorgang: - Ohne -
Anlagen: - 1 Liste -
Beiliegend übersende ich Ihnen eine Liste über die Juden, die am 27.7.42 aus Ihrem Stadtgebiet nach Theresienstadt abgeschoben wurden. Bezüglich der durch die Abschiebung der Juden freigewordenen Wohnungen bitte ich, mit dem für Ihr Stadtgebiet zuständigen Finanzamt in Verbindung zu treten, da dieses im Besitz der Schlüssel der freigewordenen Wohnungen ist.
Im Auftrage:

Bochum, den 30. Juli 1942
Uhlandstr. 35

Nr. 115: Werkszeitung der Zeche Friedrich der Große in Herne: „Weihnachten 1944“

Arbeitskameraden und Arbeitskameradinnen!

Wieder ging ein schweres Jahr zu Ende. Es führte uns durch Verrat innen und außen dicht an einen Abgrund, der unser sicheres Ende bedeutet hätte. Jedoch die Absichten unserer Feinde zerbrachen an der Standhaftigkeit des deutschen Volkes.

Zäh und verbissen verteidigten unsere tapferen Soldaten jeden Fußbreit Erde. Ihr, meine Arbeitskameraden, Männer und Frauen, schuft in angestrengtester Arbeit, unter Entbehrungen und Opfern, im Bombenhagel der Terrorflieger, der auch in unsere Werksgemeinschaft schmerzliche Lücken riß, in banger Sorge um Eure nächsten Angehörigen, die Voraussetzungen dafür, daß die drohende Gefahr gebannt wurde und dem Gegner nun an den Grenzen unserer Heimat Halt geboten werden konnte.

Ein Volk, das unter schwersten Bedingungen solche Leistungen vollbringt, kann nicht zum Untergang, sondern nur zum Leben bestimmt sein.

Deshalb wollen wir auch im Jahre 1945 den schweren Stürmen dieser Kriegszeit weiter trotzen und an die sich anbahnende Wende glauben, die uns dem Sieg entgegenführt.

Allen Gefolgschaftsmitgliedern der Zeche „Friedrich der Große“ in enger Verbundenheit ein herzliches „Glück auf 1945“ und unseren Frontkameraden eine gesunde und siegreiche Heimkehr!
Heil Hitler!

Weihnacht 1944

In diesem Jahre feiert das deutsche Volk ein hartes Weihnachtsfest. Wir stehen in einem schicksalsschweren Krieg, in dem jeder einzelne von uns irgendein Opfer trägt. Wenn liebe Angehörige nicht bei uns weilen, dann lasten die stillen Tage besonders schwer auf uns, und das Gedenken an die toten Kameraden von Front und Heimat, die dem deutschen Reich ihr höchstes Opfer brachten, drückt die Freude der Weihnacht und will ihre Stille und ihren Glanz schier zerreißen.

Mit starkem Herzen werden wir aber jedes Opfer bringen, weil wir wissen, daß es sein muß. Jeder in der Heimat wird in der heutigen Zeit ebenso hart arbeiten müssen, wie das ganze Jahr hindurch.

Seid stolz, wenn ihr in einem Betrieb arbeitet, der Waffen schmiedet, seid stolz, wenn ihr die Waffen schmieden helft. Wenn ihr nicht eure letzte Arbeitskraft dransetzt, zerbricht die Front; wenn ihr das Volk nicht so versorgt, daß es stahlhart bleibt, dann hält es nicht durch. Auf jedem Arbeitskameraden liegt ebensoviel Verantwortung wie auf jedem Soldaten draußen an der Front. Wenn unsere Arbeit nicht an jedem Tage gut getan wird, dann fallen viele Millionen Arbeitsstunden und Arbeitstage aus und damit viele Millionen Waffen und Vorräte.

Ein Volk kann im Kriege seine Grenzen nicht einen Tag durch ein kampfbereites Heer unbe wacht lassen und kann somit keinen Tag aufhören, die Waffen zu schmieden, die das Heer braucht zum Sieg und die Vorräte, die das Volk braucht zum Durchhalten.

Darum müssen wir auch zu jeder Zeit des Jahres hart gegen uns sein und auch an den Tagen mit Freude unsere Arbeit tun, die gerade für unser Volk die tiefsten und heiligsten Feiertage sind. Wir wollen trotz allem die Herzen offenhalten für den Sinn der Weihnacht, wir wollen die Tiefe und den Glanz der heiligen Nächte in unser Herz fallen lassen und darin bewahren.

Und wer im Betrieb auch nur die geringste Verantwortung trägt, der soll und muß allen anderen vorangehen und ihnen zeigen, wie leicht und selbstverständlich er alle Aufgaben trägt. Und er soll allen anderen helfen, auch zu der Haltung zu kommen, in der wir als freie, stolze Deutsche vor dem

Schicksal stehen wollen, das wir meistern müssen.

Die vergangenen Wochen haben der Heimat und der Front, nicht zuletzt aber auch unseren Gegnern gezeigt, daß der politische Lebenswille des deutschen Volkes trotz der zurückliegenden Krisen und trotz der ungeheuren Widerstände, die auf dem Weg zum Sieg noch zu überwinden sind, nicht zu brechen ist.

Dieser Lebenswille unserer Nation war die Grundlage des vom Führer aufgerufenen Volkssturms. Aus dem Verantwortungsbewußtsein von Führung und Volk für die Zukunft und den Bestand unseres Volkes ist er geschaffen und nicht aus nüchternen militärischen und politischen Überlegungen entstanden. Kaum proklamiert, wurde der Einsatz von Volkssturmbataillonen erstmalig im Wehrmachtsbericht hervorgehoben. Mit dieser ersten Bewährungsprobe wird es schon deutlich, daß der Volkssturm keine angeordnete Organisation, sondern ein jetzt zum organischen Wachsen gebrachter Gedanke des ganzen Volkes ist, der das Gefühl für den revolutionären Charakter des Volkssturms wach werden läßt.

Damit tritt zur Quantität der Truppen und zur Qualität des Materials jene nicht zu umreißen innere Kraft der unbedingten Entschlossenheit und der klaren Erkenntnis: Sieg oder Untergang des Volkes. Dem Kämpfer an der Front aber wird die Gewißheit vermittelt, daß alle Männer der Heimat bereit sind, der Front zur Seite zu stehen und diese Heimat und damit den geistigen und materiellen Besitz und das Leben der deutschen Menschen bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen.

Mit diesen Gedanken gehen wir in die deutsche Weihnacht. In dieser Zeit, die von jedem das Letzte an Leistung und Anstrengung verlangt, ihn eingespannt sieht in das ungeheure Kriegsgeschehen, in dem es um Leben oder Sterben geht, ist es nicht leicht, Weihnachten, das Fest der Familie, des Lichterbaumes, des trauten Beisammenseins und der strahlenden Kinderaugen zu begehen, ohne eine Erinnerung, wehmütige und trauernde, an schönere Zeiten zu empfinden.

Das Weihnachtsfest soll uns darum aber gerade in der heutigen Zeit, wenn wir es in seiner ganzen Tiefe und Symbolik erfassen, von unzerstörbarer, kraftbringender Bedeutung werden. Es ist das Fest der Erneuerung, der Wiedergeburt des Lichts, der Hoffnung und des Glaubens.

-Mö.

H

DEMONSTRATION GEGEN NPD-AUFMARSCH IN KIEL

Erstmals wurde die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht“ jetzt in einem Parlamentsgebäude gezeigt. Rund 65 000 Besucher zogen die vom Hamburger Institut für Sozialforschung zusammengestellten Bilddokumente im Kieler Landeshaus an.

Doch damit nicht genug: Neben der üblichen Polemik gegen die Ausstellung seitens der CDU und anderer erzkonservativer Gruppierungen wie etwa der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG) artikulierte sich auch wieder der Neonazi - Mob. Junge Nationaldemokraten (JN), die NPD und „Freie Nationalisten“ mobilisierten ausgerechnet für den Tag von Hitlers Machtergreifung zum Protest in Kiel.

Rund 1000 Aktivisten aus dem gesamten Bundesgebiet - vorwiegend aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen wurden in 14 Reisebussen angekart.

Faschistische Aktionen im Vorfeld

Vor der Demonstration der Rechtsextremisten gab es bereits einen Zwischenfall in Kiel, der zeigt, dass die braunen Horden nichts dem Zufall überlassen wollten. So betätigten sich drei Neonazis als Einbrecher; Objekt ihrer Begierde: Der Infoladen auf dem Gelände des selbstverwalteten Kultur- und Werkhofs „Hansastraße 48“. Bewohner vor Ort konnten die unliebsamen Besucher allerdings in die Flucht schlagen. Ein Aufruf für die Teilnahme am Neonazi-Aufzug in Kiel erschien im Internet, zudem wurden „Spuckis“ in Umlauf gebracht, für die **Rüdiger Kahsner** aus Hagen verantwortlich zeichnete. Werbematerial von ihm wurde während des Naziaufmarsches verteilt. Er zählt zu den „Freien Nationalisten“ und kümmert sich um die „Westdeutsche Volkszeitung“.

Kiels SPD-Oberbürgermeister Norbert Gansel hatte den Protestzug verboten, doch das Verwaltungsgericht Schleswig kassierte die Verbotsverfügung. Auf das Einschalten der nächsthöheren juristischen Instanz verzichtete die Stadt Kiel allerdings.

Der Tag des Aufmarsches

Am Sammelpunkt der Neonazis in Kiel, das den größten Faschistenaufmarsch seit Kriegsende in Schleswig-Holstein erlebte und auch den größten Polizeieinsatz der Landeshauptstadt in der Nachkriegszeit, gab es zum Teil heftige Wortgefechte zwischen Polizei und Neonazis. Letztere genossen es, das Demonstrationsrecht auf ihrer Seite zu wissen und wollten dies offensiv auskosten. So wurde Polizisten mit Dienstaufsichtsbeschwerden und Anzeigen gedroht. Erst als aber alle braunen Marschierer ihre uniformgleichen Schwarzjacken und -hemden samt Emblemen wendeten, ließ die Polizei die Demonstration starten.

Eine Gegendemonstration (2500 TeilnehmerInnen, darunter weitgereiste GenossInnen aus Dänemark), Straßenblockaden und -barrikaden sorgten dann dafür, dass nach drei Straßenzügen die Rechtsextremisten ihre Demonstration verkürzen und schließlich vorzeitig abbrechen mussten. Wie massiv sich die Gegendemonstration den Neonazisten in den Weg stellte, zeigte der brutale Einsatz von Polizei - Wasserwerfern (dabei mindestens eine schwere Augenverletzung) und die Verhaftungsbilanz. Von 52 Fest- und Ingewahrsamnahmen erwischte es lediglich einen „Rechtsaußen“. Die Kriminalisierung antifaschistischen Widerstands ging somit wieder auf.

Die Nazi-

Schlusskundgebung

Auf einer Abschlusskundgebung schwenkten die braunen Zeitgenossen dann noch einmal einige Reden. Das Wort ergriffen dabei **Ingo Stawitz** (NPD - Landesvorstand Schleswig-Holstein), **Alexander von Webenau** (JN - Bundesvorstandsmitglied/NHB - Vorsitzender), **Heinz Mahnke** (Hof Schrapenbüll) als Kriegsfreiwilliger der SS, **Christian Worch** (Hamburg), **Thorsten Heise** (Northeim). Für die Organisation des Naziprotestes sorgten unter anderen die Lübecker JN-Aktivisten **Jürgen Gerg** und **Jörn Lemke**. In Sachen Ordnungsdienst tat sich **Thomas Wulff** („Steiner“) aus Hamburg hervor, der wie Worch hinter dem „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland“ steckt, die Organisation, in der sich die meisten „Freien Nationalisten“ aus dem Dunstkreis der verbotenen FAP und Nationalen Listen tummeln.

Auf der Kundgebung gesehen wurden ebenfalls **Friedhelm Busse** (einst FAP-Boss), sowie die auch in Nordrhein-Westfalen bestens bekannten **Bernd Stehmann** und **Dieter Riefeling**.

Bewertung

Militante Neonazis zeigten sich also Hand in Hand mit der NPD, so wie es bereits im vergangenen Jahr beim „Bündnis Rechts für Lübeck“ und anderen Anlässen der Fall war. Verfassungsschutz

und Polizei zeigten sich übrigens überrascht von dem Nazipotential, das auf die Straße ging: Sie hatten höchstens mit 300 Aktivisten gerechnet. In Pressemitteilungen der JN und „Freien Nationalisten“ war von einem Erfolg die Rede. Die JN erklärte unmißverständlich: „Jeder Stadt in Deutschland, die darüber nachdenkt, ihren Bürgern diese niederträchtige Ausstellung zuzumuten, sei es mit auf den Weg gegeben: Wer die linken Nestbeschmutzer Reemtsma und Heer ruft, der ruft auch uns, und wir werden kommen!“

In dem Schreiben aus dem Worch-Lager finden sich zudem diverse Hetztiraden auf Kiels OB Gansel. Im übrigen wollen die Neonazis sogar über 1200 Anhänger in ihren Reihen gezählt haben. In den

Gazetten im deutschen Zeitungswald war von bürgerkriegsähnlichen Zuständen, hervorgerufen durch Autonome, die Rede. Dazu ist wichtig zu wissen, dass eher unpolitische Jugend- und Straßengangs nun auch schon in die Autonomen-Schublade gepackt werden. Mit diesen Straßenkämpfern hatten selbst gestandene, undogmatische AntifaschistInnen ihre Reibereien. Weiter soll jetzt gar nicht auf die Antifa-Aktivitäten eingegangen werden - die interne Debatte dürfte hier fruchtbarer sein. Dennoch fiel auf: Das Engagement von SPD, Bündnis 90/Die Grünen - Basis und Gewerkschaftern hätte intensiver und zahlenmäßig größer sein können, ja eigentlich müssen!

Nach-„Spiel“

Für die Neonazis, die sich nur

unter Polizeischutz und schützender Begleiteskorte trauten, Kiel wieder zu verlassen, ging es mancherorts abens noch weiter. Die Gruppe der Berliner und Brandenburger traf sich konspirativ in einer Pankower Gartenkolonie und wollte dort eine Konzernacht mit drei Musikbands rechter Couleur durchziehen. Unter anderen sollten „Spreegeschwader“ spielen. Die Polizei löste den Spuk von rund 300 Skinheads auf, unter denen sich viele Mitglieder der „Hammerskins“, Mitglieder der hinlänglich bekannten „Vandalen“ und von der „Kameradschaft Treptow“ befanden. Bei der Polizeiaktion wurden Messer, Baseballkeulen und „Totschläger“ gefunden. Ferner wurden reichlich Aufhänger mit Nazi-Emblemen beschlagnahmt. **B.O.**

BUCHBESPRECHUNG

Von der Rettung jüdischer Kinder bis zur „Liquidierung“ von Gestapospitzen, von der Herstellung falscher Papiere bis zum Transport von Waffen und Informationen: überall, vom westlichen Frankreich bis zum östlichen Polen, engagierten sich jüdische Frauen aktiv im Widerstand gegen die nationalsozialistischen Besatzer und die Politik der „Endlösung“.

Anhand von Archivmaterial, Briefen, Tagebüchern und zahlreichen Interviews untersucht Ingrid Strobl erstmals die Beteiligung jüdischer Frauen am Widerstand im von den Deutschen besetzten Europa - ein bislang verborgenes Kapitel der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der Shoa.

Das Buch erschien im Februar 1998, und ich hatte längst vor, es vorzustellen, so sehr hat es mich beeindruckt.

Strobls Untersuchung ist

**Ingrid Strobl
DIE ANGST KAM ERST DANACH
Jüdische Frauen im Widerstand 1933-1945**

präzise und solidarisch - mit den Kämpferinnen und Kämpfern des Widerstands, mit den Unterdrückten, Entrechteten, mit den Opfern.

Sie enthüllt, eher nebenbei, wie sehr die Geschichte des Widerstands bisher nur aus der Sicht von Männern geschrieben wurden.

Dass die bewaffneten Aktionen nicht nur von Männern, sondern auch von Frauen getragen waren - bislang wurde dies selten oder nicht erwähnt.

Dass aber die bewaffneten Aktionen des männlichen Widerstands ohne die logistische und vielfältige sonstige Tätigkeit der Frauen im Widerstand nicht möglich gewesen wäre, das ist die eigentliche Lehre dieses Buches.

Und, was in vielen Beispielen immer wieder deutlich wird: Frauen waren für viele Aufgaben

weitaus besser geeignet: mutiger, kaltblütiger, phantasievoller und anpassungsfähiger.

Wir - Männer - können nicht nur einiges, sondern grundlegend Neues von ihnen lernen.

Mehr solcher Bücher!

Ingrid Strobl, Die Angst kam erst danach, Reihe: Die Frau in der Gesellschaft, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 1998, DM 28,-

Theater Kunst



Jonglieren Artistik

Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5
Öffnungszeiten: 10^h-18^h
Samstage 10^h-14^h & langer Samstag

ANTIFA-BENEFIZ KONZERT IN WANNE-EICKEL

Am 20. Februar organisierte der AFB im Jugendheim Heisterkamp in Wanne-Eickel ein erfolgreiches Benefiz-Konzert. Über 200 begeisterte ZuhörerInnen lauschten den Klängen von vier Herner Nachwuchs-Bands.

Obwohl es bei der Werbung einige 'logistische' Probleme gegeben hatte, war der Saal im Heisterkamp bis auf den letzten Zentimeter gefüllt.

Die vier Bands, *Big Kahuna*, *Fall out*, *Den Umständen entsprechend* und *Senseless*, heizten gut ein - und das, obwohl einige Band-Mitglieder mit bösen Erkältungen zu kämpfen hatten.

Alle gaben wirklich ihr Bestes, doch wir dürfen - ausnahmsweise - mal eine Band besonders hervorheben, nämlich *Big Kahuna*: Die Gruppe hatte ihren allerersten Auftritt und überzeugte gleich auf der ganzen Linie. Nicht nur musikalisch, sondern auch durch ihr unverfälschtes und von sich selbst begeistertes (nicht zu verwechseln mit eingebildetem) Auftreten.

Und dieses Publikum! Nur lachende Gesichter, keine Alkohol-Geschwächten, keine reingeschmuggelten 'harten' Sachen - wie schön.

Die AFB-Menschen hatten einen ruhigen Abend. Einzige Schreck-Sekunde, als der Tisch in die Knie ging, auf dem das Mischpult stand - es konnte aber dank der Geistesgegenwart von Katrin und Micha „gerettet“ werden.

Von vielen hörten wir: Könnte das nicht zu einer „festen“ Sache in Wanne-Eickel werden? Warum nicht?

AFB - Ortsgruppe Wanne-Eickel

BUCHLADEN

TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
• SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN-PSYCHOLOGIE •
• ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
• MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA
Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa 10.00 - 14.00
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel. 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum
Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
BIOLAND-Getreide
Eigene Mühle



Informationen
Betrieb in Selbstverwaltung

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

SONNENBLUME
NATURKOST



Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF
45657 RECKLINGHAUSEN
TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte
Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei
Ökologische Weine, Sekt und Säfte
Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel
Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9^u - 13^u u. 15^u - 18^u Uhr
Sa. 9^u - 13^u Uhr

ZU EINIGEN FRAGEN DER ANTIFA-BEWEGUNG (TEIL VI)

„Antifaschismus und Frauen“

Eine zutreffende Überschrift zu den anstehenden Fragen zu finden, fällt schwer: Zum einen ist allen AntifaschistInnen klar, dass es die „Frauenfrage“ (und damit selbstverständlich auch die „Männerfrage“!) als eine der grundlegenden Fragen unserer politischen - und sonstigen - Lebens-tätigkeit gibt, zum anderen wird wohl keines unserer Themen ähnlich kontrovers diskutiert - wenn es denn diskutiert wird.

Es ist sicher auch kein Zufall, dass es nur zwei sich auch vom Namen her 'eigenständig' organisierende Bestandteile „der Antifa“ gibt: eine „Jugend“- Antifa und eine „feministische“ Antifa (fantifa).

Schon die - hier nicht ganz ernst gemeinte - Überlegung, warum es nicht auch eine „Alters“- Antifa und eine „Männer“- Antifa als 'eigenständige' Bestandteile „der Antifa“ gibt, brächte genug Stoff zum „Nach“- Denken.

Zur Situation von Frauen in der Antifa-Bewegung:

Von einem gemeinsamen und gleichberechtigten Auftreten von Männern und Frauen kann in großen Teilen der Antifa-Bewegung keine Rede sein. Weit aus weniger als in allen bürgerlichen Parteien, weniger als in vielen gesellschaftlichen Bewegungen wie Anti-Atom-Bewegung oder Menschenrechtsorganisationen, sind Frauen in der Antifa-Bewegung aktiv.

In diesem Punkt heben sich nur die „traditionellen“ Antifa-Organisationen wie VVN-BdA im Westen und IVVdN im Osten positiv von anderen ab, der Grund dürfte darin liegen, dass die Grundlagen des Widerstands gegen den Hitler-Faschismus in einer Gemeinsamkeit lagen, die die Unterschiede zwischen den politischen Rollen von Frauen und Männern klar in den Hintergrund treten ließen (und nicht nur diese, sondern auch Unterschiede sozialer, kultureller oder religiöser Herkunft).

Die heutige Antifa-Bewegung ist von einem solchen Konsens weit entfernt.

Was sind die Ursachen für

diesen Zustand ?

Die gesellschaftlichen Bedingungen lassen vielfältige Unterschiede, nicht nur die zwischen Männern und Frauen, oft so stark werden, dass Gemeinsamkeiten, auch die Gemeinsamkeit, „gegen Nazis“ zu sein, demgegenüber in den Hintergrund treten.

Allerdings beschreiben allgemeine Charakterisierungen nur bedingt die Vielschichtigkeit der Situation. So ist - mit aller Vorsicht - zu bemerken, dass sich z.B. in der „Antifaschistischen Aktion/BO“ relativ mehr weibliche Aktivistinnen befinden als in anderen Teilen der „autonomen“ Antifa. Andererseits sind auch in unserer Organisation, dem AFB, der sich nun nicht gerade dem harten Kern des autonomen Spektrums zurechnet, nur etwa ein Viertel der Mitglieder weiblich, obwohl der AFB ein Konzept verfolgt, das gerade nicht durch eine Verengung des antifaschistischen Kampfes auf die militante Auseinandersetzung mit Neonazis gekennzeichnet ist. Die Vermutung, dass wegen der allgemein vermuteten „Militanz“ der Antifa-Bewegung weniger Frauen in ihr aktiv sind, ist also mit Vorsicht zu genießen.

Näher liegt die Hypothese, dass insgesamt in unserer Bewegung besondere Formen patriarchaler Politik sich herausgebildet haben, deren aktive Träger keineswegs nur „Männer“ sein müssen.

Nach unseren Erfahrungen ist allerdings in breiten Teilen der „Normal“-Bevölkerung das Vor-Urteil nach wie vor vorherrschend, Antifa sei in erster Linie Militanz.

Auffallend ist, dass unter den heute oft sehr jungen Antifas (14-15jährige AktivistInnen sind keine Seltenheit) die Zahl von weiblichen und männlichen TeilnehmerInnen an Aktivitäten relativ gleich groß ist, dass bei den 20-30jährigen AktivistInnen die Zahl der Männer sehr deutlich höher ist als die der Frauen, bei den noch älteren - von denen es nur sehr wenige in unserer Bewegung gibt -, nimmt die Zahl an Frauen wieder zu, bildet aber auch in dieser Gruppe die Minderheit.

Die Gründe, warum insgesamt in der antifaschistischen Bewegung Frauen deutlich in der Minderheit sind, müssen also vielschichtig sein.

Um ihnen auf die Spur zu

kommen, mag es hilfreich sein, einige Beobachtungen über die Entwicklung der „Frauenbewegung“ zusammenzutragen.

Die Frauen als Bewegung - keine antifaschistischen Themen ?

Selbstverständlich können wir an dieser Stelle keine zusammenhängende Analyse der Geschichte und Entwicklung der modernen Frauenbewegung vorlegen. Klar scheint allerdings, dass diese Bewegung maßgeblich geprägt wurde durch die Auseinandersetzungen um den Abtreibungsparagrafen und damit im Kern um das „Selbstbestimmungsrecht“ der Frauen gegenüber staatlicher/männlicher Reglementierung, Unterdrückung und rechtlicher Ungleichstellung. Die Auseinandersetzung um das Recht auf straffreie Abtreibung war und ist eine revolutionäre, da sie das grundlegende Verständnis patriarchaler Herrschaft, nämlich der Rolle der Frau aus von der Natur zur Gebälerin - und nur dazu - bestimmtem Wesen, über den Haufen wirft. Diese Auseinandersetzung ist solange nicht beendet, wie die Verhältnisse kapitalistisch-patriarchale Unterdrückungsverhältnisse sind.

Weniger spektakulär, aber schon etwas älter als die heutige Frauenbewegung, ist die Bewegung für gleiche soziale und demokratische Rechte, wie sie in erster Linie von Arbeitnehmerinnen und Gewerkschafterinnen geführt wurde und wird. Diese - proletarische - Frauenbewegung hat ebenfalls wichtige Erfolge erzielt, dennoch kann von einer „Gleichstellung“ von Arbeiterinnen und Arbeitern noch lange keine Rede sein - weder ist der „gleiche Lohn für gleiche Arbeit“ überall durchgesetzt, noch kann von einer „Gleichbehandlung“ der Frauen in allen Berufen die Rede sein (das Beispiel des Selbstmordes einer jungen Polizistin wegen sexistischer Belästigung beweist es einmal mehr).

Und: Frauen verlieren im Ver-

hältnis nach wie vor eher ihren Arbeitsplatz als Männer.

Konträre Positionen innerhalb des Feminismus:

Gerade an den „Gleichheits“-forderungen setzt nun allerdings die Kritik eines Teils der Frauenbewegung der vergangenen Jahre an und fordert statt „Gleichheit“ mit Entschiedenheit den „Unterschied“, die „Differenz“.

Die „Gleichheit“ wird kritisiert als patriarchale Sicht- und Herangehensweise, die „die Frauen“ dazu auffordere, sich den herrschenden/männlichen Formen gesellschaftlichen Lebens „gleich“ zu machen. Dagegen gestellt wird ein Modell der „Differenz“, das das „weibliche Geschlecht“ in seiner „natürlichen Ursprünglichkeit rekonstruieren“ will und daraus Forderungen nach eigenen, „weiblichen“, Lebensentwürfen ableitet.

Wir meinen, dass diese Position als „kleinbürgerlicher Feminismus“ charakterisiert werden kann - und weitgehende Übereinstimmung mit Positionen der „Neuen Rechten“ aufweist: Alain de Benoist, einer der führenden Köpfe der Neuen Rechten, schrieb schon 1984, der „moderne Egalitarismus“, vermittele „stillschweigend eine bestimmte Vorstellung vom Menschen, einen bestimmten 'genormten' Typ, der stets männliche Züge hat. (...) Alles trägt sich so zu, als ob die Frau zu ihrer Befreiung auf ihr sexuelles Ich verzichten müsse, d.h. aufhören müsste, Frau zu sein, versuchen müsste, ein 'Mann weiblichen Geschlechts' zu werden (...)“ (1).

Ja, welche Frau (und welcher fortschrittliche Mann) würde dieser Kritik - auf den ersten Blick - widersprechen wollen ?

Nur, es stimmt schlicht und einfach nicht, was de Benoist - und mit ihm ein Teil der heutigen Feministinnen - den „Egalitaristen“ vorwerfen. Sie behaupten, dass die Forderungen nach gleichen sozialen und sonstigen Rechten auf einen „Gleichstellungsfeminismus“

hinausliefen und unterschlagen - Benoist aus „bösen“, die Feministinnen aus anderen Motiven - den sozialen Hintergrund, die soziale Ungleichheit als den Ausgangspunkt der „Gleichheits“-forderungen.

In der Praxis sind die sich streitenden Auffassungen gar nicht so weit voneinander entfernt, da die Vertreterinnen der „Gleiche Rechte“-Forderungen (Gewerkschafterinnen, Sozialdemokratinnen) das Geschlechterverhältnis als Verhältnis der Arbeitsteilung und als ideologisches Herrschaftsverhältnis meist unangetastet lassen und in wichtigen Bereichen durchaus für „Differenz“ plädieren, indem sie etwa die Zuständigkeit der Frauen für die Kindererziehung nicht grundsätzlich in Frage stellen, sondern lediglich sozialpolitische Hilfsmaßnahmen fordern (z.B. die Anrechnung der „Erziehungsarbeit“ auf die Rente).

Die „Differenz“-Feministinnen dagegen sind dabei, einen Begriff der „Weiblichkeit“ durchzusetzen, der weitreichende Folgen auf die Frauenbewegung insgesamt haben kann und der u.E. schon heute auch Auswirkungen auf die Antifa-Bewegung hat. Sie fordern einen radikalen Separatismus, behaupten eine „weibliche Natur“ oder „Kultur“, die allein in der Lage sei, die Menschheit vor dem „patriarchalen“ Untergang zu retten.

Iris M. Young spitzt diese Auseinandersetzung in der US-amerikanischen Diskussion zu einer katastrophischen Alternative zu:

„Entweder zielt der Feminismus darauf ab, dass Frauen die gleichen Möglichkeiten und Privilegien haben, welche die Gesellschaft Männern einräumt, oder Frau durch Betonung des besonderen Wertes des Frauseins zu begegnen, (...) entweder wollen wir wie Männer sein oder nicht.“ (2).

Sie steht damit konträr zur „Gender“-Debatte, die zumindest bei allen sonstigen Fragwürdigkeiten dieses Diskurses - den Blick auf die soziale Grundlage des Ge-

schlechter-Zusammenhangs legt.

Die Theorien der „sexuellen Differenz“ haben seit einiger Zeit nicht nur den akademischen Feminismus, sondern auch die feministische Politik - von autonomen Frauenprojekten bis hin zu den Grünen - zunehmend beeinflusst. Diese Theorie behauptet, dass die „sexuelle Differenz“ von dem herrschenden/männlichen Diskurs verdrängt, gelehnet oder minderwertig bewertet werde.

Ohne ausführlich auf die theoretischen Begründungen einzugehen - das kann späteren Auseinandersetzungen vorbehalten bleiben - kann an dieser Stelle kritisch bemerkt werden, dass eine „Geschlechter“-Theorie unhistorisch ist, die „Geschlecht“ als unveränderbare Wesenskategorie menschlicher Existenz behauptet und damit bewußt von der sozialen Ungleichheit des Geschlechterverhältnisses ablenkt. Die reale gesellschaftliche Existenz der Frau als im wesentlichen durch die kapitalistischen und patriarchalen Ausbeutungsverhältnisse auf ein bloß gebärendes und kindererziehendes reduziertes Wesen wird umgedeutet als „natürliches“ Wesen der Frau.

Solche Auffassungen sind in ihren Grundlagen kompatibel mit denen der „Nouvelle Droite“.

Wichtig für unsere Diskussion werden diese Ansätze dort, wo die Ursachen von „Rassismus und Sexismus“ in dem „Hass auf Differenz“ gesehen werden, der zur Verleugnung, Ausgrenzung und Vernichtung des/der „Anderen“ führe. Es komme daher darauf an, die „sexuellen und kulturellen Differenzen“ in ihrer sozialen Ausprägung anzuerkennen, um Spielräume für eine veränderte Gesellschaft zu eröffnen, „in der man ohne Angst verschieden sein kann“ (Adorno).

Auch solchen Sätzen möchte man - auf den ersten Blick - umstandslos zustimmen - wenn sie nicht im Rahmen einer Strategie benutzt und damit letztlich in ihr

Gegenteil verkehrt würden, nämlich einer Strategie, die den Kampf um „gleiche“ Rechte („Menschenrechte haben kein Geschlecht“ - oder doch?) prinzipiell als „patriarchale“ Überlebensstrategie“ diffamierte.

Auf dem Hintergrund dieser Überlegungen kommen wir zu der - vorläufigen - Auffassung, dass die Tatsache, dass „antifaschistische“ Themen (bis auf wenige Ausnahmen, vor allem in der Gender-Diskussion) in der feministischen Theorie nicht auftauchen, kein Zufall ist.

Antifaschismus setzt ja in seinem allgemeinen Verständnis schon voraus, dass Menschen gesellschaftliche/politische Interessen haben - die „Differenz“-Feministinnen leugnen dies und propagieren im Kern die Unveränderbarkeit des bestehenden Zustandes.

Das „Besetzen“ von Themen wie „Rassismus“ und „Sexismus“ durch den kleinbürgerlichen Feminismus hat unseres Erachtens zumindest auch einen Beitrag dazu geleistet, dass die antifaschistische Bewegung hierzu kaum Positionen entwickelt hat.

Gerade der „antirassistische Diskurs“ lehnt in weiten Teilen des Begriff des „Antifaschismus“ prinzipiell ab und bekämpft ihn - oft jedoch nicht offen, sondern in subtilen Formen.

Vorläufiges Fazit:

Zugegeben, das reicht noch lange nicht aus für eine gründliche Erklärung, warum es in der Antifa-Bewegung weitaus weniger Frauen als Männer gibt. Soviel aber bleibt

festzuhalten: Die theoretischen Diskussionen der Antifa, wie die Auseinandersetzung mit Sexismus und Rassismus zu führen sei und ob überhaupt, steckt noch in den „Kinderschuhen“. Es scheint und aber notwendig, diese Auseinandersetzung zu führen.

Es scheint uns auch notwendig, in der Antifa-Bewegung eine Debatte um die gesellschaftliche Rolle der Frauen - und nicht verkürzt als „Sexismus“ - Debatte - zu führen.

Und es erscheint uns - und jede Antifa-Gruppe wird darüber eigene Erfahrungen zu berichten haben - wichtig, dass wir uns darüber austauschen, wie es in unseren Gruppen und Organisationen mit dem Umgang zwischen Mädchen und Jungen, Männern und Frauen konkret aussieht, und zwar öffentlich.

Wir hoffen auf viele Diskussionsbeiträge.

Stephan W. Born

(Der größte Teil meiner Ausführungen zur Diskussion „Gleichheit/Differenz“ orientiert sich an dem Aufsatz „Befreiung zur Weiblichkeit“ von Sabine Grimm, dort auch die angegebenen Literaturhinweise)

(1) Benoist, Alain de, 1984, *Aus rechter Sicht*, Tübingen, S. 285 f.

(2) Young, Iris Marion, 1989, *Humanismus, Gynozentrismus und feministische Politik*, in:

List, E./Studer, H.: *Denkverhältnisse, Feminismus und Kritik*, Frankfurt am Main, S. 56.

**Beweissicherungs- und Festnahmeinheit Thüringen
„Ein wichtiger Faktor zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit“**

Demonstrationen sind zunehmend mit polizeilichen Spezialeinheiten konfrontiert. Seit einigen Jahren hat auch Thüringen eine Beweissicherungs- und Festnahmeinheit (BFE). Sie fiel AntifaschistInnen auf, die am 6. Juni 1998 in Kassel versuchten, einen Aufmarsch von Neonazis zu verhindern. Die Einheit schützte die Neonazis vor, während und nach ihrer Kundgebung und nahm linke DemonstrantInnen zum Teil auf brutale Weise fest.

In den Blick einer kritischen Öffentlichkeit war die thüringische BFE erstmals beim Großen Zapfenstreich der Bundeswehr auf dem Erfurter Domplatz am 9. November 1995 geraten. Bei dieser Gelegenheit räumte sie die GegendemonstrantInnen vom Platz vor der Absperrung. Zwar war es in den Jahren nach der Wende immer wieder zu polizeilicher Gewalt gegen DemonstrantInnen gekommen. Neu war bei diesem Einsatz jedoch, mit welcher Geschlossenheit diese Einheit auftrat. Ihre Ausstattung und ihr Vorgehen waren bisher nur vom bayrischen Unterstützungskommando (USK) bekannt. In der Folgezeit sollten DemonstrantInnen noch öfters mit der thüringischen BFE Bekanntheit machen - bei den Protesten gegen den ersten Spatenstich zur Thüringer Waldautobahn, bei den Baubesetzungen im Thüringer Wald, bei den Protesten gegen den Castor-Transport im Wendland sowie bei den antifaschistischen Demonstrationen in Saalfeld. Die Einheit wurde zwischen 1992 und 1997 519mal in Thüringen und in 11 anderen Bundesländern eingesetzt. Dabei wurden 564 Personen in Gewahrsam und 331 festgenommen

(Landtag Thüringen, Drucksache 2/2144, 29.07.1997).

BF-Einheiten werden bei Anlässen eingesetzt, bei denen die polizeiliche Einsatzleitung ein hohes „Störerpotential“ erwartet. Das sind in Thüringen insbesondere Demonstrationen von Neonazis, antifaschistische (Gegen)kundgebungen sowie Fußballspiele. Hinzu kommen Einsätze für die Landespolizei oder das LKA sowie Anforderungen durch andere Bundesländer.

Das Konzept: isoliert und beweissicher festnehmen

Der Einsatz von Spezialeinheiten bei Demonstrationen ist nicht neu; er ist eine direkte Reaktion auf die Wandlungen des sozialen Protests in Deutschland. Die Widerstandsbewegungen gegen den Bau von Atomkraftwerken und anderen Großprojekten seit den 70er Jahren gaben sich angesichts ihrer Breite und ihrer berechtigten Anliegen nicht mehr mit symbolischem Protest zufrieden, sondern gingen über zu direkten, auch militanten, Aktionen. Bauplatzbesetzungen,

Entzünnungen, Hausbesetzungen fanden Sympathie und Unterstützung in Teilen der Bevölkerung.

Die Polizei setzte dabei anfangs regelmäßig auf eine massive Konfrontation mit nahezu allen DemonstrantInnen und provozierte so einen Solidarisierungseffekt einerseits zwischen den unterschiedlichen Gruppen und andererseits zumindest mit Teilen der anwohnenden Bevölkerung. Aufgrund der massiven öffentlichen Kritik begann in den polizeilichen Führungsetagen die Suche nach neuen Wegen. Zunächst waren es die auf sogenannten Anti-Terror-Kampf trainierten Sondereinsatzkommandos (SEK), die auf die DemonstrantInnen losgelassen wurden. Das BFE-Konzept stellt eine Weiterentwicklung dieser Einsätze dar.

Die „Mitwirkung der Bürger“-spricht: die Wahrnehmung des Demonstrationsrechts - wird in der Theorie als legitim verkauft. Aber „Gewalttäter“ und „Störer“ sollen isoliert und beweissicher festge-

nommen werden. Ein BFE-Trupp besteht in der Regel aus 5 BeamtInnen, die mit einem Beweissicherungs- und Dokumentationstrupp (BESI bzw. BEDO) zusammenarbeiten. Die BFE ist mittels ihrer Technik in der Lage, die vom BEDO-Trupp aufgenommenen Bilder auszuwerten und nach vor Ort in Fahndungsfotos umzuwandeln. Wird eine Person auf diesen Fotos identifiziert, so wird sie gezielt und gewaltsam aus der Mitte der Demonstration herausgegriffen. Der Zugriff soll koordiniert, auf ein Codewort hin und erst nach der Beweissicherung und nach Lokalisierung des Betroffenen durch alle Mitglieder des Trupps erfolgen (Jürgen Korell, „Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten“, in: *UNBEQUEM*, Heft 19, September 1994, S. 8).

Eine erste BFE wurde 1985 in Hessen aufgebaut. Wenn auch teilweise unter anderem Namen, haben andere Bundesländer vergleichbare Spezialeinheiten. Die bayrischen USK entstanden 1987 (D. Herzog, „Das Unterstützungskommando der bayerischen Polizei“, in: *UNBEQUEM*, Heft 30, Juni 1997, S. 28-34). Niedersachsen schuf Zivile Streifenkommandos (ZSK) und Zivile Nachtstreifenkommandos (ZNSK). Die E-Schichten aus Hamburg, die wegen ihrer besonderen Brutalität auch Gegenstand des Untersuchungsausschusses über die Hamburger Polizei waren, sind nunmehr in P-Schichten (= Präsenz-Schichten) umbenannt (Manfred Mahr, „Mehr als nur Papier“, in: *UNBEQUEM*, Nr. 30, September 1997, S. 22). Die Berliner „Einheit für besondere Lagen und einsatzbezogenes Training“ (EbLT) war aus dem gleichen Grund 1989 in der kurzen Phase der rot-grünen Koalition aufgelöst worden. 1995 empfahl die Innenministerkonferenz allen Bundesländern den Aufbau von BF-Einheiten. Zusammengekommen verfügten die Bereitschaftspolizeien aller Länder 1997 über 2.120

PolizeivollzugsbeamtInnen in BF-Einheiten, die für länderübergreifende Einsätze herangezogen werden können („Bericht des Inspektors der Bereitschaftspolizeien, Entwurf des Ausstattungsnachweises für die Bereitschaftspolizeien des Landes, Stand: 18.09.1995“).

Glaubt man dem Thüringer Innenminister, so wurde mit dem Aufbau einer eigenen BFE der genannte Beschluß der Innenministerkonferenz umgesetzt. Tatsächlich begann der Aufbau bereits mit einem Erlaß des Thüringer Innenministeriums vom 15.07.1992. Die Idee dazu soll vom Aufbaustab der Bereitschaftspolizeiabteilung (BPA) Thüringen gekommen sein. Von März bis April 1992 nahmen 4 Beamte der BPA an einer Spezialgrundausbildung - kurz SGA - der hessischen BFE in Wiesbaden teil. Von Juni bis Juli 1992 durchliefen 35 junge Polizeibeamte die erste derartige Grundausbildung in Thüringen. Bereits im Juli 1992 wurde dieser Einsatzzug beim Weltwirtschaftsgipfel in München angeboten. Bis März 1994 wurden insgesamt 6 SGA durchgeführt, an denen 187 Polizeibeamte teilnahmen. Im Sommer 1994 verfügte die Thüringer BFE dann über 3 Einsatzzüge (B. Reiche, „BFE Thüringen“, in: *BEREITSCHAFTSPOLIZEI HEUTE*, 1994, Heft 3, S. 133-136).

Ausbildung

Nach ihrer allgemeinen polizeilichen Ausbildung können sich die PolizistInnen für die BFE bewerben, in der sie nicht länger als 5 Jahre bleiben sollen. Von 1992 bis 1997 bewarben sich 275 BeamtInnen, von denen aber nur 173 übernommen wurden. 102 haben die Eignungsvoraussetzungen nicht erfüllt.

Die SGA umfaßt insgesamt 352 Unterrichtseinheiten (UE) zu je 45 Minuten. Unterrichtet werden dabei:

- Eingriffsbefugnisse aus der Strafprozedur und dem Polizeiaufgabengesetz (5 UE)
- Rechtsverordnungen bei Versammlungen und Aufzügen (15 UE)

- Formen und Methoden gerichtsverwertbarer Beweissicherung und Dokumentation (44 UE),
- einsatzbezogene Selbstverteidigung (90 UE) (Landtag Thüringen, Drucksache 2/2135, 17.07.1997).

Der Schwerpunkt der Ausbildung liegt also eindeutig auf dem Training von Gewalt. Einzelne Beamte erhalten eine spezielle Fortbildung für den Umgang mit Foto-, Video- und Tontechnik sowie über Drogenkriminalität (Landtag Thüringen, Drucksache 2/2178, 22.04.1997). Die hessische Bereitschaftspolizei verpaßt ihren BFE-Beamten eine zweite SGA: einen 4wöchigen Lehrgang, der auf den Einsatz in ziviler Kleidung vorbereitet (Korell, a.a.O.). Mitglieder von BF-Einheiten erhalten dadurch aber nicht den Status von Verdeckten Ermittlern. In Zivil treten sie nur „einsatzbezogen“ auf. Wie der Thüringer Innenminister gegenüber der innenpolitischen Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Astrid Rothe, erklärte, kann die BFE sowohl während der Demonstration als auch in einem Zeitraum von 12 Stunden davor und danach in Zivil observieren.

Ausrüstung

Die Ausstattung der Einheiten ist so angelegt, daß sie auch als Einsatzzüge der Bereitschaftspolizei Verwendung finden können (Ausstattung 1995: „Bericht des Inspektors der Bereitschaftspolizeien“, a.a.O.; Landtag Thüringen, Drucksache 2/3082, 27.08.1998). Sie geht aber weit über das übliche Maß der Bereitschaftspolizei hinaus. Ein besonderer Schlagschutz, schußsichere Westen, in den Helm eingebaute Funkeinrichtungen, asiatische Nahkampfstöcke (sogenannte Tonfas bzw. Mehrzweckeinsetzstöcke) gehören zur Ausrüstung jedes Mitglieds einer BFE. Die BFE ist zudem nicht nur mit den Mehrzweckpistolen zum Abschießen von Gummischrot und Gasgranaten ausgestattet, sondern führt in ihrem Arsenal auch Maschinenpistolen: Von 13 im September 1995 stieg

deren Zahl bis August 1998 auf 40.

Der Fahrzeugpark der Einheit umfaßt nicht nur die üblichen „Wannen“, sondern auch „neutrale“ PKW und Motorräder für den Einsatz in Zivil. Hinzu kommen Videogeräte, Fotoausrüstung, ein Nachtsicht- und ein Metallsuchgerät. Die BFE ist in der Lage, den gesamten Mobilfunkverkehr im „Einsatzbereich“ innerhalb von 5-10 Minuten unter Kontrolle zu haben.

Organisation und Gliederung der BFE, so erklärt das Thüringer Innenministerium, würden ihrer „besonderen Aufgabenstellung gerecht, unter Anwendung spezieller Beweissicherungs- und Zugriffstechniken und -taktiken insbesondere das Vorgehen gegen gewalttätige Störer zu unterstützen“, und „beweiskräftige Festnahmen an den Brennpunkten unfriedlichen Geschehens durchzuführen.“

Abschaffen ist besser

DemonstrantInnen und DemonstrationsanmelderInnen haben ein Interesse an einer durch die Polizei ungestört ablaufenden Demonstration. Sie müssen sich deshalb gegen martialische Polizeiaufgebote wehren, die ihrem Anliegen durch ihre Auswirkung schaden und die Demonstrationsfreiheit begrenzen. Nach dem Brokdorf-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1983 ist allenthalben von Deeskalation die Rede. Dies kann nur heißen, daß so wenig Polizei wie möglich eingesetzt wird und daß kleinere

Gesetzesverstöße hingenommen werden, wenn es die Lage erfordert. Aufbau und Einsatz von Spezialeinheiten entsprechen dem nicht, denn:

- Diese organisatorisch selbständigen Einheiten entwickeln eine Eigendynamik; eigene Handlungsrichtlinien und ein eigener Corpsgeist bilden sich heraus.

- Aufgrund ihrer besonderen Aufgaben, ihrer Ausbildung und des speziellen Trainings sind Festnahmekommandos wenig dazu geeignet, in Konfliktsituationen deeskalierend vorzugehen. Das gewaltsame Eingreifen und die Festnahme einzelner Personen inmitten des Demonstrationsgeschehens muß notwendigerweise zum Gegenteil führen.

- Das bei Spezialeinheiten anzutreffende elitäre Denken kann angesichts von als zu milde empfundenen Gerichtsurteilen schnell zu einer Grundeinstellung der Vorabstrafungen bei Festnahmen führen - getreu dem Motto: „Was er hat, kann ihm niemand mehr nehmen.“

(Der Verfasser, **Christoph Ellinghaus**, ist Jugendbildungsreferent bei ran e.V. - DGB-Jugend Erfurt. Sein Artikel verdankt viele Ergebnisse der Aufmerksamkeit von Mitgliedern von PDS, Bündnis 90/Die Grünen und DGB; er ist in Bürgerrechte & Polizei, CILIP 61, Nr. 3/1998 veröffentlicht worden. Verlag CILIP, c/o FU Berlin, Maltzestr. 74-100, 12249 Berlin; Tel. 030/7792-462; Fax 030-775.10.73. Von der Redaktion wurden geringfügige sprachliche Veränderungen vorgenommen.)

Abend begab sich derselbe Mensch zu seiner Wohnung, in der er sich ebenfalls eher selten aufhält. Vor seiner Haustür hatte er erneuten Besuch von diesen beiden Gestalten. Sie nannten wieder Namen oder Gruppen und boten Geld für die Zusammenarbeit mit ihnen an. Dann hieß es, sie wollten sich wieder melden. Daß sie sich gerade jenen Menschen aussuchten, ist wohl der Tatsache geschuldet, daß er im ehemals besetzten Zentrum „Archiv“ zu den aktiveren zählt.

Der zweite Anwerbungsversuch war bei einem anderen Menschen, der wohl von denselben zwei Mitarbeitern angesprochen wurde. Auch hier war die Vorgehensweise ähnlich. Sie erwarteten ihn vor seiner Wohnungstür und boten Geld. Es wurde ein späteres Treffen vereinbart, welches jedoch platzte, aus Gründen, die bislang nicht bekannt sind. Es soll allerdings eine erneute Kontaktaufnahme stattgefunden haben. Bei dem zweiten Versuch hatten sie sich eine politisch engagierte, aber eher nicht organisierte Person rausgesucht. Aber dennoch ist auch diese - bzw. ihre Infos - ein Steinchen in ihrem Mosaik bei der Unterdrückung bzw. Bekämpfung von Widerstand in Potsdam.

Diese beiden Versuche waren nun Nummer drei und vier, die in Potsdam fehlgeschlagen sind. Da beide zeitlich nicht so weit (die ersten beiden Versuche waren im Februar 1997) auseinanderliegen, ist

wohl davon auszugehen, daß der Verfassungss-

Gescheiterte Anwerbung des VS

Im Spätherbst bzw. im Winter waren in Potsdam Mitarbeiter des Verfassungsschutzes unterwegs. Ihr Ziel war es, zwei Menschen auf den Nerv zu gehen und mit Geldversprechen zu einer Mitarbeit zu ködern.

Der erste Versuch war bei einem Mensch, direkt vor einem Lebensmittelladen, in dem er eher selten einzukaufen pflegt; das setzt

schon mal eine Observierung über einen längeren Zeitraum voraus. Sie nannten bei ihrem Anquatschversuch gleich Namen und Gruppen, an deren personeller Zusammensetzung sie interessiert seien. Etwas geschockt über das Ansprechen direkt vor der Ladentür wurde den beiden Mitarbeitern, einem Mann und einer Frau, der Laufpaß gegeben. Doch noch am selben

schutz nicht allzu viele Erfolge in Potsdam zu verbuchen hat.

Damit es auch dabei bleibt, sollten alle Angesprochenen auf das Öffentlichmachen der Versuche achten. Auch wenn mit dieser Veröffentlichung ein weiteres Treffen

Fortsetzung Seite 32

DRUTMUNDE - TREMONIA DORTMUND

Geschichten von Dortmunder Weibsbildern

Zu Beginn dieses Jahres erschien der Band 1 der „Geschichten von Dortmunder Weibsbildern“, herausgegeben von der Geschichtswerkstatt Dortmund.

Die Verfasserin, Hanne Hieber, dokumentiert Geschichten „Von der Steinzeit bis zum 19. Jahrhundert“, sie schreibt im einleitenden Kapitel:

„Wie eine von Miß Marples Schwestern kam ich mir vor, als ich mich auf die Suche nach Frauen aus, in und um Dortmund von der Steinzeit bis heute machte.“

Über die Verfasserin heißt es im Vorspann lapidar:

„Seit 1977 in Dortmund, hier zunächst als Regieassistentin an den Städtischen Bühnen, freie Theaterarbeit im „Musiktheater Willi“ und der „Weiberbühne“, Einstieg in die Frauenbewegung und nie wieder Ausstieg.“

Ein „Weibsbild“ also selber, das nicht unerheblich dazu beitrug, dass in Dortmund Frauengeschichtsforschung betrieben wurde und wird:

„In Dortmund sind die ersten Anfänge der Frauengeschichtsforschung in der Zweiten Frauenbewegung und der Geschichtswerkstättenbewegung der 70er Jahre unseres Jahrhunderts zu suchen. Es hat schon vor diesem Zeitpunkt (wenig) Forschung über Frauen in der Lokalgeschichte gegeben, doch erst die Zweite Deutsche Frauenbewegung machte historische Frauenforschung zum Thema, ausgehend von der bitteren Erkenntnis, dass in der männlich dominierten Geschichtsschreibung Leben, Lieben und Leistung der Frauen nicht vorkommen, sondern verschwinden und vergessen gemacht werden. Frauen brauchen aber Kenntnisse über ihre Geschichte, um das bis heute wirkende Ungleichgewicht im Geschlechterverhältnis verstehen und verändern zu können.“

Der Anspruch, Kenntnisse zu vermitteln, wird im ersten Band in herausragender Weise erfüllt.

Es lohnt sich, auf diesen Band „neugierig“ zu werden, im wahrsten Sinne des Wortes.

Ein Beispiel: Hieber schreibt: „Mit Hypothesen habe ich im Fall der Deutung des Namens der Stadt Dortmund und der Gertrud von Münster gearbeitet. Dass Drutmunde die Gründerin von Dortmund und Gertrud von Münster selbst Malerin gewesen war, sei verstanden als quellenmäßig überhaupt nicht gestützte Möglichkeit. Diese Hypothesen sollen frischen Wind in die Köpfe blasen.“

Und wie frech und amüsant sie „frischen Wind“ in die Köpfe bläst, mag das folgende Kapitel veranschaulichen:

„Stadtgründerin Drutmunde, Freyas Halskette und der Gurgelbach

Der Name der Stadt Dortmund hat schon mancher/m Historiker/in Kopfzerbrechen bereitet. Dortmund ist ja nur die heutige Schreibweise, die wirklich nichts damit zu tun hat, dass „dort“ ein „Mund“ ist (der häufig und gerne Bier trinkt).

Nein, die älteren urkundlich überlieferten Namen geben Rätsel auf.

Die erste schriftlich überlieferte Schreibweise des Namens der Stadt findet sich in den Urkundensammlungen des Klosters Werden, den „Werdener Urbaren“. Dort wird zwischen 880 und 890 Dortmund „Throtmanni“ genannt. Bis zum Jahr 1033 gibt es weitere Namensschreibungen, so 899 „Throtmunia“

in einer Urkundenabschrift des St. Gereonsstifts Köln. Es finden sich zwischen 928 und 1002 Trutmenni, Thortmanni, Trotmannia, Drotmanni, Throtmanniu, Therotmani, Thertmanni, Thertamanni und Trutmundi. Der Schreibweisen nicht genug, finden wir bis zum Jahr 1033 noch Dretmonna, Thortmanne, Trutmonia, Trytemanne und Trudimonia.

Die unterschiedliche Schreibweise in den Urkunden und auf Münzen kommt daher, dass die Urkundenschreiber und Münzmeister den Namen so wiedergaben, wie sie ihn hörten oder wie sie ihn aussprachen. Eine allgemein verbindliche Schreibweise gab es zunächst nicht. Ab dem Ende des 12. Jahrhunderts setzte sich dann in lateinischen Urkunden die Schreibweise „Tremonia“ durch. Umgangssprachlich sagten die BürgerInnen schon früh „Dortmunde“, „Dorpmund“ und „Düöpm“ oder „Düörpm“.

Da der Raum Dortmund bereits in jungsteinzeitlicher Vorgeschichte besiedelt war, ist es nicht ganz unwahrscheinlich, dass der Stadtname sehr alt ist. Im Lauf der Zeit hat er sich verschliffen und vielleicht wurde die ursprüngliche Bedeutung nicht mehr verstanden. Herausgekommen ist ein Rätsel, das HistorikerInnen und SprachwissenschaftlerInnen bis heute nicht schlüssig lösen konnten.

Eine gängige beliebte speku-



lative Meinung lautet in männlich dominierter Sichtweise, Dortmund - Trotmannia hätte etwas mit trotzi- gen Männern und trutzigen Mau- ern zu tun.

Daneben wollen wir eine frauenzentriert-spekulative Deu- tung setzen. Dortmund - Drutmunde, Trutmundi und Trutmenia ist demnach eine Druden- stadt, so genannt nach den kelti- schen oder germanischen Priesterin- nen, den Druiden. Eine dieser Fraue- n nennen wir sie Drutmunde - hat Dortmund gegründet. Diese Idee kam schon im 15. Jahrhundert auf, wie Luise von Winterfeld in ihrer „Geschichte der Stadt Dortmund“ schreibt.

Auch Jakob Grimm, der Märchensammler, Mythenforscher und Altmeister der germanischen Sprachwissenschaft, hat sich in fast schon feministischer Weise dem Wort „Throtmenni“ genähert. Den Wortteil „Throt“ übersetzt er mit „Kehle“, „Hals“ und vergleicht es mit dem englischen „throat“ und dem niederdeutschen „strote“. Das

„menni“ ist althochdeutsch, urver- wandt mit dem lateinischen „monile“ und bedeutet „Hals- band“. Womit nach Grimm die Zauberkette der germanischen Göttin Freya gemeint ist. Das „menni“ kommt mehrfach in die- ser Gegend vor, z.B. in Holtismenni - Holzminden und Dulmenni - Dülmen. Da Grimm den alten Han- delsweg „Hellweg“ mit der germa- nischen Unterweltsgöttin „Hel“ in Verbindung bringt (weil am Hell- weg viele uralte Friedhöfe lagen), und aus Wickede die Sage geht, dass hier das Heiligtum der germani- schen Göttin Tanfana lag, sah Grimm Dortmund als den Ort des Tempels der Göttin Tanfana an. Dortmund ist demnach das Heilig- tum einer germanischen Göttin ge- wesen.

Über die trutzigen Mauern und Männer hat sich auch der Sprach- forscher Paul Derks geärgert, al- lerdings weniger aus patriarchats- kritischen denn sprach- geschichtlichen Gründen. Er legte 1987 eine Studie vor, in der er zu

dem Schluss kommt, dass Dortmund „Gurgelbach“ bedeuten könnte. Seine umfangreichen Analysen des Alt- und Mittelhochdeutschen zei- gen, dass „throt“ Kehle, Gurgel bedeutet und „mami“ Gewässer. Einer derart intensiven wissen- schaftlichen Analyse wollen wir hinzufügen, dass religions- geschichtlich gesehen Gurgel- und andere Bäche als heilig angesehen wurden und die germanischen Seherinnen darin weibliche Wasser- geister erblickten.

Immerhin erscheint dadurch möglich, dass Frauen etwas mit Stadtgründung zu tun haben könn- ten.“

Literatur und Quellen:

Luise von Winterfeld: Ge- schichte der Freien Reichs- und Hansestadt Dortmund, 7. Aufl. Dortmund 1981, S. 5ff.

Paul Derks: Der Ortsname Dortmund. Ein Forschungsbericht, in: Beiträge zur Geschichte Dort- munds und der Grafschaft Mark, Bd. 78, Dortmund 1987, S. 173 ff.

SOLIDARITÄT MIT DEN PASSAUER ANTIFASCHISTINNEN

Am 12. März 1998 wurde durch eine bundesweite Staatsschutzaktion in Passau, Mühlendorf, München, Nürnberg, Göttingen, Bielefeld, Hamburg und Berlin gegen 28 Passauer AntifaschistInnen bekannt, dass seit März 1997 ein Verfahren nach § 129 StGB wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ läuft. Beschuldigt sind „39 Personen des antifaschistischen Spektrums, innerhalb eines organisatorischen Rahmens (möglicherweise identisch mit der Antifaschistischen Aktion)“ (Zitat Durchsuchungsbefehl) Straftaten gegen „staatliche Einrichtungen, die Stadt Passau und den politischen Gegner (DVU, NPĐ)“ (Zitat Presseerklärung der Staatsanwaltschaft vom 12. Mai 1998) geplant und ausgeführt zu haben.

Gesucht wurde bei den Durchsuchungen hauptsächlich nach „Gegenständen, die den Bezug des/der Beschuldigten zum antifaschistischen Spektrum belegen“, die „seine/ihre Mitgliedschaft in Gruppierungen des antifaschistischen Spektrums belegen“ und - an letzter Stelle erst - „die Existenz einer kriminellen Vereinigung untermauern“ sollen (Zitate Durchsuchungsbefehl).

Dieser Kriminalisierungsschlag richtet sich gegen die antifaschistische Arbeit in Passau und auch bundesweit. Bei den Durchsuchungen gegen einen Buchladen und eine Druckerei in Göttingen wurde explizit nach Informationen über die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation, die Antifaschistische Aktion Passau, die Rote Hilfe e.V. und die Rote Hilfe Ortsgruppe Passau gesucht. So sollen erfolgreiche Organisationsansätze wie z.B. von der AA/BO oder des Bundesweiten Antifa-Treffen (BAT) ausgeleuchtet und kriminalisiert werden.

„Komitee für kritische Öffentlichkeit“ gegründet

In Passau regte sich nun Widerstand gegen das Vorgehen der Polizei, das bis jetzt unverändert ist (Beschuldigte und ihre FreundInnen berichten immer wieder von Observationen und Personenkontrollen): Im Oktober 1998 gründete sich das „Komitee für kritische Öffentlichkeit“, an dem sich Eltern der Betroffenen und antifaschistisch akti-

ve Menschen beteiligten. Der Schwerpunkt dieses Komitees liegt darauf, Öffentlichkeit zu dem Verfahren zu schaffen. Druck auf die Ermittlungsbehörden auszuüben und eine überregionale Solidarität herzustellen. Erste Aktion war ein „Passauer Aufklärungsbrief“, in dem sich Eltern der Beschuldigten namentlich zur antifaschistischen Erziehung und zum Engagement ihrer Kinder bekannten und die Einstellung der Verfahren forderten (die erzkonservative Passauer Neue Presse lehnte es ab, diese Anzeige zu drucken - sie fürchtete „strafrechtliche Konsequenzen“). In Planung sind nun Flugblätter, Infofische und Anfragen bei Abgeordneten und prominenten PassauerInnen.

Zum aktuellen Stand der Verfahren

Mit den Hausdurchsuchungen ist das Verfahren, das nun seit 2 Jahren läuft, noch lange nicht abgeschlossen. Das bayrische Landes kriminalamt ermittelt munter weiter, es kamen noch neue Beschuldigungen dazu: 5 Personen erhielten im Laufe des Sommers Beschuldigungsvorladungen - nun wissen 33 der 39 Beschuldigten von ihrem „Glück“.

In München (fast) nichts Neues...

Einige Beschuldigte bekamen Teile ihrer beschlagnahmten Sachen zurück, das meiste jedoch, vor allem wichtige Arbeitsgeräte wie Computer, befindet sich immer noch

in den Händen des Staatsschutzes. Es gibt noch keine Akteneinsicht und es ist noch nicht klar, ob - wenn überhaupt - gegen alle Beschuldigten oder einige von ihnen Anklage erhoben wird. Die ErmittlerInnen zögern das Verfahren immer weiter hinaus, haben dadurch die Möglichkeit, weiterhin zu ermitteln, beschlagnahmte Gegenstände einzubehalten und natürlich das Interesse der Öffentlichkeit schrumpfen zu lassen. Nach Aussage der Staatsanwaltschaft München I, die die Ermittlungen leitet, komme es 1998 nicht mehr zu einem Abschluss der Verfahren. Wann aber dies der Fall sein könnte, darüber machte sie keine Angaben.

LKA-Berichte über Beschuldigte

AnwältInnen der Beschuldigten erhielten Teilakteneinsichten, also personenbezogene Berichte des LKA's bis zum März 1998, aufgrund deren die Hausdurchsuchungen am 12. Mai 1998 durchgeführt wurden. Diese Berichte, die nun schon mehreren Beschuldigten vorliegen, führen die vermeintlichen Betätigungsfelder der Beschuldigten (z.B. Antifaschismus, Kampf gegen Apartheid, Solidarität mit KurdInnen) auf und benennen Gruppierungen, in denen sich die Beschuldigten angeblich engagiert hätten. Hauptsächlich war von antifaschistischen Gruppen wie der Antifaschistischen Aktion (manchmal AA Passau), der Antifaschistischen Jugendfront und vom Bündnis gegen DVU, aber

auch vom „Verein zur Förderung der unabhängigen Jugendkultur e.V.“ und der Roten Hilfe Ortsgruppe Passau die Rede. Das zeigt, dass sich fast alle alle alternativen und antifaschistischen Gruppierungen, die sich in Passau zum Teil auch im kulturellen Bereich betätigten, ebenfalls im Visier des Staatsschutzes befinden. Desweiteren wurde angeführt, wann Beschuldigte Demonstrationen oder Infofische angemeldet oder als OrdnerInnen fungiert hatten.

Über Straftaten oder die besagte „kriminelle Vereinigung“ findet sich nichts. Bis jetzt wurde den Beschuldigten nicht mitgeteilt, was ihnen eigentlich vorgeworfen wird. Es wird lediglich angeführt, dass die Kontaktpersonen der Beschuldigten bis zu 70 % „mit politisch motivierten Straftaten in Erscheinung getreten“ seien.

Hervorzuheben ist, dass KHK Sappl vom bayrischen LKA alle diese Berichte unterschrieben hatte, von ihm die ZeugInnenvorladungen ausgingen und er auch die Vorladungen von Beschuldigten und die Rückgabe von beschlagnahmten Sachen regelte. Sappl ist bereits seit Jahren für Passau zuständig, ermittelt dort gegen die antifaschistische Szene und war wahrscheinlich maßgeblich am Einleiten der Verfahren im März 1997 beteiligt.

ZeugInnenvorladungen

Drei ZeugInnen wurden Mitte November vor die Staatsanwaltschaft München I vorgeladen, um dem Verfahren auszusagen. Bei den Vernehmungen, die im bayrischen LKA-Gebäude stattfanden, war ebenfalls Sappl vom LKA anwesend, der „Erkenntnisse“ mitteilte. Während des Verhörs gaben Staatsanwaltschaft und LKA-Beamte an, der Tatzeitraum der „kriminellen Vereinigung“ belaufe sich von 1. Juli 1993 bis 31. August 1997.



Solidarität
mit den
Passauer
AntifaschistInnen!

Keine Kriminalisierung
des antifaschistischen
Widerstands!



ROTE HILFE e.V.
Postfach 6444
24125 Kiel
Tel./fax 0431/75141

Zwei der ZeugInnen verweigerten die Aussage, indem sie sich auf § 55 StPO (Selbstbelastung bei Aussagen) beriefen. Ob dies aber vom Ermittlungsrichter genehmigt wird, ist noch ungewiss. Wenn nicht, drohen ihnen Zwangsmaßnahmen wie Beugegeld und/oder Beugehaft bis zu einem halben Jahr. Mit erpressten ZeugInnenaussagen erhofften sich die ErmittlerInnen wohl, zukünftige Anklagepunkte formulieren zu können. Die ZeugInnen wurden schon im Vorfeld massiv unter Druck gesetzt, fast jede Woche wurden Vorladungen verschickt und mit Zwangsvorführung gedroht.

VS-Anwerbeversuche

Zwei Anwerbeversuche des Verfassungsschutzes im September 1998 verdeutlichen ebenfalls den

Ermittlungsdruck, irgendwie Beweismaterial für die „kriminelle Vereinigung“ heranzuschaffen: Einem Antifaschisten aus Penzberg (in der Nähe von München) wurde bis zu 1000,- DM für Informationen über einen Beschuldigten und über 1000,- DM für Infos über die antifaschistische Szene in Passau angeboten. Er lehnte das Angebot ab, das von einem Roland Döckel kam.

Einem Passauer Jugendlichen wurde ebenfalls Geld für Informationen über eine Beschuldigte und einen Passauer Antifaschisten angeboten, ebenso wie für Auskünfte über die Passauer Antifa.

Achtung: Bayern!

Die StaatsschützerInnen ste-

hen also unter Ermittlungsdruck (dies zeigt sich an den ZeugInnenverladungen und den Anwerbeversuchen), suchen krampfhaft nach Beweisen für ihre „kriminelle Vereinigung“. Doch ohne eine solidarische Öffentlichkeit besteht vor allem in Bayern nach wie vor die Gefahr, dass in absehbarer Zeit Passauer AntifaschistInnen wegen ihrer Gesinnung der Prozess gemacht wird. Deshalb muss die Kriminalisierung der Passauer Antifas abgewehrt werden, da sie vor allem auch in Zukunft als Muster für die Aburteilung aller antifaschistischen und linken AktivistInnen dienen könnte.

Rote Hilfe Ortsgruppe Passau

Fortsetzung von Seite 27

und das Fotografieren unmöglich gemacht werden, ist dies allemal besser, als noch länger Stillschweigen zu wahren. Denn schon allein durch die Tatsache, daß beide Personen mit Freunden, Bekannten und GenossInnen gesprochen haben, zeigt, daß der Verfassungsschutz keine Chance mehr hat, die beiden für seine Zwecke zu nützbrauchen. Wichtig ist aber dennoch eine breitere Veröffentlichung dieser Ansprechversuche.

Dem Schnüffelstaat was entgegengesetzt heißt auf gemeinsame Solidarität bauen, um den Schlapphüten eine schallende Ohrfeige zu erteilen!

P.S. Verfassungsschutz, verpiß dich - Anna und Arthur halten's Maul.

Zerstörte Hoffnungen Bislang keine politische Änderungen im Iran in Sicht

Es hat sich noch nichts während der Regierungszeit des iranischen Staatspräsidenten Mohammad Khatami für Frauen positiv zum Guten gewendet - trotz aller Erwartungen, die vor allem Frauen und Oppositionelle aus dem Exil an seine Amtszeit stellen. Denn neue Verbote zur „Geschlechterapartheid“, wie es iranische Frauen nennen, folgten, so die Trennung der Krankenhäuser für Männer und Frauen im Oktober 1998, die auch getrennte Behandlungsräume und Operationsteams beinhaltet. Nach einem Bericht der Vereinten Nationen hat sich die Zahl öffentlicher Hinrichtungen 1997 gegenüber 1996 sogar verdoppelt und gegenüber 1995 vervierfacht, auch fünf Frauen wurden hingerichtet, vier sollen sogar gesteinigt worden sein. Die Zahl der Ermordungen iranischer Schriftsteller stieg wieder an.

Diese niederschmetternden Nachrichten beklagten am 20. Februar iranische Frauenvereine des Nationalen Widerstandsrats Irans in der Bonner Stadthalle Bad Godesbergs, wo sie anlässlich des internationalen Frauentages ihre Jahrestagung und anschließend eine Großveranstaltung mit ca. 2000 Besucher/innen durchführten.

Nur eine Puppe der Mullahs

Eines der Opfer des Regimes ist die vierundvierzigjährige Manijeh Shabani Lalani, deren Ehemann und Bruder wegen Zugehörigkeit zu den Volksmujahedin Mitte der achtziger Jahre hingerichtet wurden. Weitere Hinrichtungen von Familienmitgliedern folgten. Als alleinstehende Frau mit der Tochter Naimeh und zudem aus dieser gefährdeten politischen Familie stammend,

suchte sie den Fluchtweg Richtung Deutschland, wo sie jetzt in der kleinen Stadt Hattingen lebt. „Meine Tochter will sich umbringen, wenn sie in den Iran abgeschoben würde“, sagte sie während der Bonner Veranstaltung. „Sie ist hier zur Schule gegangen, denkt wie ich freihäufig und will sich auch dementsprechend bewegen und weder Kopftuch noch Tschador tragen. Unter der Regierung Khatamis hat sich nichts für Frauen und Mädchen verbessert. Geschiedenen Frauen werden die Kinder weggenommen. Khatami ist nur eine Puppe von Khamenei (geistliches Oberhaupt des Iran).“ Ähnlich sieht es der vierundzwanzigjährige Farid Khodabacksh, der sich als Schwuler mittlerweile in der deutschen Szene eingelebt hat. Zu Hause aber wartet auf ihn die Todesstrafe, weil er zu seinem Schwulsein steht.

Handel auf Kosten von Menschenrechten

An der Bonner Konferenz teil nahmen zahlreiche Frauen europäischer Parteien und Verbände sowie von Universitäten Kanadas und Amerikas teil, die über „Fundamentalismus und Frauenrechte“ referierten, so auch die deutsche SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Holzthüter und die Vorsitzende der Liberalen Frauenpartei Großbritannien, Elizabeth Sidney. Die liberale Frauenpolitikerin kritisierte in ihrer Rede die gegenwärtige pro-iranische Labour-Politik, die Handelsbeziehungen auf Kosten der Menschenrechte betreibt. Und die deutsche SPD-Bundestagsabgeordnete Ingrid Holzthüter verwies auf die härtere Gangart Washingtons, wo mehrheitlich DemokratInnen und RepublikanerInnen der iranischen Opposition ihre Unterstützung zusicherten und

dabei auch die Streichung der Volksmujahedin von der „Terrorismusliste“ ins Auge faßten. So etwas, so die bei dem Publikum gern gesehene Rednerin, wünsche sie sich auch von den Ländern Europas. Sie verwies darauf, daß „50 % der Mitglieder des Parlaments des Widerstandes Frauen sind und das Oberkommando der Nationalen Befreiungsarmee des Iran und die Offiziere dieser Armee im wesentlichen von Frauen gestellt werden.“ Seit 1993 steht dem iranischen Exilparlament Maryam Radjavi vor, die von den dort vertretenen Parteien - sowohl bürgerlichen als auch marxistischen - zur Übergangspräsidentin nach einem etwaigen Sturz der iranischen Regierung gewählt wurde und derzeit in Paris lebt. Ingrid Holzthüter war sichtlich beeindruckt von der „Entschlossenheit, Gleichberechtigung nicht nur zu predigen, sondern auch umzusetzen“, und solidarisierte sich mit den „iranischen Schwestern“ mit einem kömpferischen „Weiter so!“

Auch die britische Frauenpolitikerin Elizabeth Sidney zeigte sich von der Umsetzung der Gleichberechtigung bei der iranischen Opposition überzeugt. Kritisch stellte sie gegenüber, daß die britische Armee nur wenige weibliche Offiziere vorweise und überhaupt keine Generäle. „Die Anzahl weiblicher Abgeordneter im britischen Parlament beträgt knapp 20 %; unter den Spitzenkräften in der Verwaltung befinden sich nur 10 % Frauen und nur 18 % unserer Richter sind Frauen“, führte sie aus. Der Kampf westlicher Frauen richtet sich nicht - wie im Iran - gegen ein brutales Regime, sondern gegen eine jahrhundertealte Kultur, die in jedermanns Knochen steckt.

Die amerikanische Literaturprofessorin Beverly Allen stellte heraus, daß der Wunsch der internationalen Presse, Khatami als „moderaten“ Präsidenten zu sehen, mißverstanden wurde. Tatsächlich habe er keine ernsthaften Schritte in Richtung Frauenemanzipation unternommen, so die Unterzeichnerin der UN-CEDAW-Konvention, die sich gegen jegliche Formen der Frauendiskriminierung richtet.

Doppelmoral für Frauen

Am Treffen der iranischen Frauenvereine nahm auch die Journalistin Zinat Mirhashemi von den marxistischen Fedayin teil, deren Gruppe ebenso im Exilparlament vertreten ist, und die auch zur Weltfrauenkonferenz in Peking fuhr. In ihrer gewinnenden Rede skizzierte sie die Frauenrechtsbewegung seit dem letzten Jahrhundert bis zu den internationalen Frauenkonferenzen in Nairobi und Peking. Sie machte auch die iranische Position deutlich, die die Kritik der Frauen an fehlender Gleichberechtigung und ihrer Unterdrückung zu einer Public-Relations-Aktion fürs eigene



Manijeh Shabani Lalani erläutert Bilder hingerichteter iranischer Frauen (Foto: Thea Struchtmeier)

islamische Regime wendete, bei dem Frauen noch als Dienerinnen Gottes geehrt würden. Diese Doppelmoral wurde ebenso von der Künstlerin Fariba Hachtroudi entlarvt angesichts der Arbeit von Frauen, zu der Frauen immer noch die Erlaubnis der Ehemänner benötigen. Die Zahl erwerbstätiger Frauen im Iran schwankt zwischen 2 und 12 %. Aber angesichts der Armut im Land zwingen Männer sogar die Ehefrau/en und Töchter zur Arbeit - auch in die Prostitution.

„Es gibt keinen islamischen Feminismus“, so Sarvnaz Chitsaz, die Vorsitzende des Frauenausschusses im Exilparlament. Wer solche Vorstellungen in die Welt setze, fördere die Zusammenarbeit mit einem frauenverachtenden Regime. Sie rief deshalb dazu auf, zwischen sich und den regimefreundlichen Gruppen eine klare Trennungslinie zu ziehen.

Thea Struchtmeier

Wattenscheid, 18.2.1999
„Höntroper Braun-Gänse
feiern mit“

Beim Rosenmontags-Gänsereiten gehören rechtsradikale Parolen seit letztem Jahr dazu.

Das Höntroper Gänsereiten hat eine gut 400jährige Tradition. Seinerzeit hängten spanische Besatzungssoldaten geraubte Gänse an Seile. Und rissen dem Fedevieh vom Pferde aus den Kopf ab. Der Gewinner bei diesem Spiel kam in den Genuss des Bratens.

Verändert hat sich im Laufe der Jahre nur wenig: Seit 1806 werden die Gänse vorab geschlachtet, und der siegreiche Reiter wird heute eine Art Schützenkönig des Höntroper Volksfestes.. Und: Seit einigen Jahren protestieren Tierschützer wie „Animal Peace“ oder „Arche 2000“ gegen das perverse Rosenmontags-spektakel.

In diesem Jahr gesellten sich zu den TierschützerInnen einige autonome Antifas, die gegen die „Akzeptanz faschistischer Umtriebe“ im Umfeld des Volksfestes demonstrierten.

Im letzten Jahr haben die Nazis das Gänsereiten für sich entdeckt. Sie nutzten den Hass, der sich in der Bevölkerung gegen die Tierschützer aufgestaut hat, für ihre Propaganda gegen Linke: „Manche Kameraden heizten die Stimmung durch Sprechhöre an, während andere Kameraden unsere Aufkleber („Keine Macht den Zecken!“) in großer Zahl unters Volk brachten. Dabei trugen sogar sonst völlig unpolitische Gänsereiber unsere Aufkleber auf der Brust“, heißt es in einer örtlichen JN-Zeitschrift.

Hinzu kommt, dass Junge Nationaldemokraten im letzten Jahr als Ordner in Erscheinung traten. Auf Gegenliebe stoßen Tierschützer und Antifas auch in diesem Jahr nicht.

Die Polizei hält die Gruppen voneinander entfernt und toleriert die „Deutschland den Deutschen“-Rufe. Als ein Gänsereiber-Karnevalswagen vorbeifährt, steigt auch bei den Tierschützern die Stimmung. Sie rufen: „Tiermord beenden“. Minuten später formiert sich ein kurzer Demonstrationszug in Richtung Festplatz. Dort findet ein groteskes Schauspiel statt: Die Tierschützer protestieren auf einem abgesperrten Stück Bürgersteig mit ihren Transparenten. Viele Passanten pöbeln die Demonstranten an. Auf den Festplatz selber dürfen, wie ein Polizist betont, nur Leute, die „den Veranstaltern optisch genehm sind“. Unter den „Genehmten“: Viele Jugendliche mit Kurzhaarschnitt, in Bomberjacken oder Military-Look. Einige von ihnen haben sich am Eingangsbereich zusammengerottet und rufen rechte Parolen. Als ein Jugendlicher „Sieg Heil“ ruft, schreiet die Polizei ein. Der Schreihals wird mitgenommen. Eine achtzigjährige Anwohnerin lacht: „Wir haben früher nichts gegen die Nazis machen können, heute kann man auch nichts machen.“

News aus dem Revier

ANTISEMITISCHE AUSFÄLLE
BEI ELSÄSSER-LESUNG
Dortmund, 24. Februar 1998

Am 23.2. las Jürgen Elsässer im Dortmunder Reinoldinum aus seinem „Braunbuch DVU“. Das war „die schlimmste Veranstaltung, die ich je in Deutschland erlebt habe“, bekundete der Berliner Autor nach der Lesung. Offen antisemitische und rechtsextreme Ausfälle hatten die Veranstaltung zu einem Eklat werden lassen.

Der für seine Provokationen bekannte Journalist hatte unter anderem behauptet, die „militanten Kurden der PKK“ und die „militanten Deutschen des CSU“ seien „in einer Symbiose vereint“. PKK und CDU/CSU zeigten die Bereitschaft, „sich für Volk und Führer aufzuopfern“.

Das brachte ihm natürlich Kritik von allen Seiten ein, insbesondere aber von rechts.

Als der 42jährige dann noch behauptete, der NS-Staat habe seine Nachbarländer überfallen, entstand offener Aufruhr im Saal. Ein „Diskutant“ behauptete, dass es nicht verwunderlich sei, dass immer mehr Jugendliche rechtsextrem würden, „wenn von amerikanischer und jüdischer Seite immer dreistere Forderungen gestellt werden“.

Elsässer: „Das war unverblümter Antisemitismus“. Derartige Ausfälle habe er auf keiner seiner bisher 40 Lesungen erlebt.

ZU DEN PROZESSEN GEGEN „MUTMASSLICHE“ SYMPATHISANTEN DER DHKP/C UND DER THKC IN HAMBURG

Vor gut einem Jahr, am 30.1.1998, wurden zwei Sympathisanten der DHKP/C von einer Gruppe von 5 Anhängern einer von der ehemaligen Dev Sol abgespaltenen, sich heute THKC nennenden, Organisation auf offener Straße in Hamburg-Ottensen angegriffen und beschossen.

Ein DHKP/C-Sympathisant wurde durch 5 Kugeln verletzt, auch der zweite, der zu fliehen versucht hatte, wurde durch drei Kugeln verletzt.

Die fünf Täter waren aus Frankfurt angereist und standen schon während ihrer Anreise unter Beobachtung der Polizei.

Drei der fünf stehen nun in Hamburg vor Gericht – sie berufen sich auf „Notwehr“, da einer von ihnen bei einem weiter zurückliegenden Vorfall in Frankfurt von DHKP/C-Sympathisanten angeschossen worden sein will und sich seitdem bedroht fühle.

Ihnen drohen Strafen von 2-3 Jahren Gefängnis. Zur gleichen Zeit stehen 3 Mitglieder und Sympathisanten der DHKP/C in Hamburg vor Gericht, die kurz nach dem 13. August 1998 – dem Tag, an dem der damalige Innenminister Kanther die DHKP/C und die Zeitung Kurtulus sowie die von diesen als „Putschisten-Kontrabande“ bezeichnete THKC und deren Zeitung verboten hatte – festgenommen worden waren.

Die verbotene DHKP/C wird seit dem Verbot als „terroristische Vereinigung“ bezeichnet, die in Hamburg vor Gericht stehenden, der Europa-Vertreter der Organisation und 2 Sympathisanten, sind nach § 129a angeklagt, ihnen drohen Gefängnisstrafen von 6-12 Jahren.

Einer der drei DHKP/C-Angeklagten wird zudem beschuldigt, mit einer Pistole auf einen Anhänger der anderen Gruppe geschossen zu haben.

Zu den Hintergründen:

Die im Jahr 1992 erfolgte Spaltung der Dev Sol wird von der DHKP/C als Putsch einer Gruppe um das damalige Führungsmitglied Bedri Yagan bezeichnet, da diese Gruppe sich das Finanzvermögen der Organisation angeeignet und zudem wochenlang ein anderes Führungsmitglied, Dursun Karatas, in Ihre Gewalt gebracht hatte. Karatas konnte sich befreien und in einer jahrelangen Auseinandersetzung die Gruppe um Yagan zur Rechenschaft ziehen.

In der Türkei ist diese so gut wie nicht mehr existent, in Deutschland nur noch in Norddeutschland, insbesondere in Hamburg.

Man kann davon ausgehen, dass die DHKP/C heute in Europa etwa 5000 Anhänger hat, in Deutschland etwa 1000, während die Gruppe, die sich auf Bedri Yagan – der in der Türkei von der Polizei erschossen wurde – beruft, wohl etwa 250 Anhänger im Bundesgebiet hat.

Beide Organisationen behaupten von sich, die gleiche „Ideologie“ zu vertreten, sich als revolutionäre, marxistisch-leninistische Befreiungsbewegungen zu verstehen, bezeichnen sich gegenseitig als „Putschisten“ (aus der Sicht der DHKP/C) oder als „Liquidatoren“ (aus der Sicht der THKC).

Unabhängig von den Inhalten und Formen ihrer Auseinandersetzung bleibt festzuhalten, dass der deutsche Staat selbstverständlich keinerlei Interesse an der Existenz türkischer revolutionärer Organisationen in Deutschland hat und daher jeden Versuch unternimmt, sie zu kriminalisieren – das gilt nicht nur für diese beiden, sondern auch für alle anderen wie z.B. TKP/ML, MLKP, TIKB u.a.

Dass revolutionäre Organisationen in der Türkei – und in Kurdistan – bisweilen Auseinandersetzungen untereinander mit der Waffe austragen haben und weiterhin austragen, wollen wir an dieser Stelle nicht beurteilen und auch nicht kritisieren.

Was wir aber kritisieren, ist die Tatsache, dass sie Auseinandersetzungen in bewaffneter Form auf offener Straße durchführen, wie am 30.1.1998 in Hamburg-Ottensen geschehen.

Die aus Frankfurt angereiste Gruppe war ganz klar mit der Absicht unterwegs, DHKP/C-Leute zu liquidieren – sich dabei auf „Notwehr“ zu berufen, ist geradezu zynisch, auch angesichts der Tatsache, dass eine der Kugeln einen geparkten Wagen durchschlug, in dessen unmittelbarer Nähe sich eine Frau mit ihrem Kind befand. Wer derartige Aktionen durchführt, hat kein Recht, als Vertreter einer Befreiungsorganisation angesehen zu werden.

Zur Solidarität:

Es fällt schwer, auf dem Hintergrund dieser Fakten eine Solidaritätserklärung zu unterschreiben.

Unsere Solidarität als antifaschistischer Organisation gilt allen Revolutionären, egal aus welchem Land, die von deutschen Staat verfolgt werden.

Unsere Solidarität gilt den türkischen und kurdischen Revolutionären, die vom deutschen Staat in Zusammenarbeit mit dem türkischen Staat hier wie dort verfolgt und unterdrückt werden.

Unsere Solidarität gilt allen Organisationen, die vom deutschen Staat mit dem § 129a verfolgt werden – der deutsche Staat hat kein Recht, Befreiungsbewegungen zu kriminalisieren.

Daher fordern wir die Aufhebung des Verbots von DHKP/C, THKC sowie der Zeitung Kurtulus.

Mit denen aber, die auf offener Straße „Gegner“ liquidieren und den Tod Unbeteiligter billigend in Kauf nehmen, kann es keinerlei Solidarität geben, egal aus welcher Organisation sie stammen.

Antifaschistischer Bund (A F B)

